

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

23. März 1950

Blatt 554

"Sozialer Städtebau"

=====

23. März (Rath.Korr.) In der Ausstellung des Volksbildungshauses Margareten über "Städtebauliche Probleme von Wien in der Gegenwart", hält am Samstag, dem 25. März, um 16 Uhr, G.Krall einen Vortrag über "Sozialer Städtebau". Anschließend Führung gemeinsam mit Dipl.Arch. Edith Matzalik. Eintritt frei.

Die Ausstellung ist täglich von 9 bis 12 Uhr und von 14 bis 17 Uhr bei freiem Eintritt allgemein zugänglich.

Aus dem Programm der Wiener Volkshochschulen

=====

vom 27. März bis 2. April

=====

23. März (Rath.Korr.)

Urania:

Dienstag, 28. März, 19 Uhr, Hörsaal III: Dr.phil. Fritz Bestenreiner: Atomzertrümmerung im Lichtbild.

Mittwoch, 29. März, 19 Uhr, Kleiner Saal. Dr. Rudolf Jech: Psychische Hygiene in der Industrie.

Freitag, 31. März, 19 Uhr, Klubsaal. Dr. Thea Burkart-Sirk: Die Entwicklung der chemischen Heilmittel. Mit Lichtbildern.

Volksbildungshaus Margareten:

Dienstag, 28. März, 19 Uhr. Prof.Prim.Dr. Reinhold Boller: Leber- und Galle-Erkrankungen. Mit Lichtbildern.

Mittwoch, 29. März, 19 Uhr. Denis Silagi: Schicksal des Volkes der Zerstreuung. Mitwirkend: Jane Maria Talmar-Zeska, Rezitation. Mit Lichtbildern.

Donnerstag, 30. März, 19 Uhr. Univ.Prof.Dr. Erwin Stransky spricht im Rahmen der Vortragsreihe "Die seelischen Beziehungen zwischen Mann und Frau" über "richtige Gattenwahl".

Volksbildungshaus Alsergrund:

Dienstag, 28. März, 19 Uhr. Univ.Prof.Dr. Leopold Schönbauer: Schmerzbefreiende Operationen. Mit Lichtbildern.

Sonntag, 2. April, 19.30 Uhr. Modernes österreichisches Theater. Leseaufführung. Franz Theodor Csokor: aus dem Odysseus-Drama "Kalypso", Hugo v. Hofmannsthal: Der Schwierige, ein Lustspiel aus dem Wien des 20. Jahrhunderts. Einleitende und verbindende Worte: Prof. Dr. Hugo Ellenberger.

20 Uhr. Totale Mondesfinsternis. Beobachtungen an der Wiener Volkssternwarte, 16., Johann Staud-~~Straße~~ 10 (Steinhofstraße) durch mehrere Instrumente. Ende der Finsternis 23.20 Uhr. Straßenbahnverbindung noch überall hin möglich.

Volkshochschule Favoriten:

Donnerstag, 30. März, 19 Uhr. Prim.Dr. Karl Novotny: Nervosität.

Volkshochschule Hietzing:

Freitag, 31. März, 18 Uhr. Mod.Rat Dr. Franz Halla: Menschenwerte-Menschenrechte.

Volkshochschule Wien Volksheim:

Montag, 27. März, 19 Uhr. Konsistorialrat Prof.Dtto Mauer: Die Lehre der Kirche vom Weltende.

Dienstag, 28. März, 19 Uhr. Univ.Prof.Dr. Gottfried Holler: Die Gefahren der Tuberkulose früher und heute.

Mittwoch, 29. März, 19 Uhr. Univ.Ass.Dr. Marlene Jantsch: Medizin und Kurpfuscherei.

Volksbildungsverein Döbling:

Montag, 27. März, 19 Uhr. Prof.Dr.G. Strohschneider: Garten Döbling.

Dienstag, 28. März, 19 Uhr. Ass.Dr. Anton Rot: Panicillin und Streptomycin.

Freitag, 31. März, 19 Uhr. Im Rahmen der Vortragsreihe "Die Demokratie in Österreich" spricht Landtagsabgeordneter Dr. Ludwig Soswinski über die Aufgaben der Opposition in der Demokratie.

Volkshochschule Brigittenau:

Im Hörsaal des Unfallkrankenhauses, 20., Webergasse 2-6.

Montag, 27. März, 19 Uhr. Primararzt Prof.Dr. Hubert Kunz: Bluttransfusion.

Die Budgetdebatte im Wiener Gemeinderat
=====

23. März (Rath.Korr.) Am Schluß der gestrigen Budgetverhandlungen erstattete Amtsführender Stadtrat Thaller Bericht über das VIII.Hauptstück: Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, und führt dabei aus: In Wien waren bei Kriegsende fast 87.000 Wohnungen unbewohnbar; 50.000 waren schwer beschädigt und fast 37.000 total zerstört. In den Jahren 1920 bis 1940 wurden in Wien insgesamt 88.500 Wohnungen erbaut, davon allein von der Stadt Wien 62.000. Was in zwei Jahrzehnten neu gebaut wurde, ist also in acht Monaten vom Kriege wieder zerstört worden! (GR.Maller: Wir danken dem WdU! - Gegenrufe bei den Unabhängigen.) Darüber hinaus gibt es nach einer im Jahre 1941 angelegten Statistik in Wien mehr als 52.000 sogenannte schlechte Wohnungen, davon fast 12.000 Kellerwohnungen. Die große Masse dieser schlechten Wohnungen besteht aus Kleinwohnungen, deren es 32.000 gibt. Wien ist die Stadt mit den typischen Kleinwohnungen. 80 % aller Wiener Wohnungen bestehen aus einem Raum, aus Zimmer und Küche oder höchstens aus Zimmer, Küche und Kabinett.

Auf den Wohnraummangel wirken sich weiter eine Reihe von Veränderungen aus, die sich in der Bevölkerungsschichtung ergeben haben. In der Zeit von 1906 bis 1930 hat sich das Durchschnittsalter der Männer von 40 auf 54 und das der Frauen von 42 auf 58 Jahre erhöht. Allein dadurch wird jede einzelne Wohnung in unserer Stadt um 15 Jahre länger von einer Mietpartei beansprucht. Dazu kommt die hohe Zahl von Witwen. 1910 hat es in Wien 100.000 Witwen gegeben, die fast alle einen eigenen Haushalt geführt haben, im Jahre 1939 waren es bereits 155.000 Witwen. Nach dem 2.Weltkrieg wurde diese Zahl zwar noch nicht ermittelt, aber sie beträgt mindestens 200.000. Der Belag der einzelnen Wohnungen ist ständig im Sinken begriffen. Im Jahre 1910 haben in einem Haushalt noch mehr als 4 Personen gelebt, im Jahre 1934 waren es nicht mehr ganz drei Personen. Im Jahre 1948 hingegen entfielen auf einen Haushalt nur mehr 2,3 Personen. Insbesondere die starke Verlängerung des Lebensalters und die Zunahme der Zahl der Witwen haben sich für den Wohnungsmangel außerordentlich stark ausgewirkt.

Im Jahre 1948 standen rund 730.000 Haushalten rund 650.000 Wohnungen gegenüber. Leider ist es einem so armen Land wie Österreich noch nicht möglich, jeder Familie eine eigene Wohnung zu geben.

Im Jahre 1949 zählte das Wohnungsamt der Stadt Wien mehr als 40.000 vorgemerkte Wohnungswerber. Wenn diesen mehr als 40.000 Familien, die eine Wohnung in Wien suchen, zum Beispiel in einem Zeitraum von 10 bis 12 Jahren zu dieser Wohnung verholfen werden soll und man annimmt, daß in diesem Zeitraum die Zahl der Wohnungswerber um 50 Prozent steigt, erhält man einen Bedarf von rund 60.000 Wohnungen in den nächsten 10 bis 12 Jahren. Man müßte also, um die ärgste Wohnungsnot zu beseitigen, jährlich 5.000 bis 6.000 Wohnungen bauen. Wenn die Gemeinde Wien in dem Tempo, das sie sich für dieses Jahr vorgenommen hat, weiterbaut, also jährlich 4.500 Wohnungen, so fehlen immer noch jährlich 500 bis 1.500 Wohnungen. Die Gemeinde Wien wird kaum je in der Lage sein, so viel aus eigenen Mitteln zu bauen. Es müßten dafür zusätzliche Mittel geschaffen werden.

Stadtrat Thaller spricht dann über die vielfachen Übertreibungen über den Abfall von Wohnungen in Wien. In Wirklichkeit hatten wir in den ärgsten Zeiten des Vorjahres einen Abfall von durchschnittlich drei Wohnungen pro Tag, also etwa tausend Wohnungen im vergangenen Jahr. Diesen Abgang haben wir gehabt, weil die Baubehörde und alle Ämter der Gemeinde, die sich mit den Wohnungsfragen zu beschäftigen haben, sehr darauf Rücksicht nahmen, daß ein Unglück, wie zum Beispiel das der Fischerstiege, nicht mehr geschehen kann. Die Baubehörde versucht in der rigorosesten Art überall dort, wo sich wirkliche Mängel in einem Hause bemerkbar machen, dieses Haus zu räumen, wenn Gefahr im Verzug ist. Es ist aber nicht immer alles wirklich gefährlich, wenn es auch für den Augenblick so scheint. Vielfach wird aus Gefälligkeit von privaten Baumeistern ein Haus als baufällig erklärt und ein dementsprechendes Gutachten abgegeben. Dieses Haus ist oft gar nicht so gefährdet, daß es unbedingt abgetragen werden muß. Man wollte mit diesem Haus ganz einfach ein Geschäft machen.

Es dürfte sich auch die politische Agitation nicht dieser Sache bemächtigen. Dadurch, daß man wochenlang in den Zeitungen schreibt, dieses oder jenes Haus würde bald einstürzen, schafft man große Unruhe. Die Leute dieses Hauses wollen dann nicht mehr dort wohnen und auch kein Beamter will mehr die Verantwortung übernehmen, dieses Haus als nicht baufällig zu erklären. Der Redner appelliert in diesem Zusammenhang an die Anständigkeit und das Gewissen aller politischen Richtungen, dieses Elend nicht zu Propagandazwecken auszunützen und die Bevölkerung zu beunruhigen.

Stadtrat Thaller weist an Hand einer Statistik aus dem Jahre 1934 auf die schlechte Wohnraumverteilung in unserer Stadt hin. Wenn seither auch schon einige Zeit vergangen ist, so werden sich die Dinge seither nicht gebessert sondern eher verschlechtert haben. Alle Wohnungen von einem bis zu 2 1/2 Wohnräumen, sind zu mehr als 40 Prozent überbelegt. Dagegen ist bei 59 Prozent der 3 bis 5-Zimmerwohnungen ein Unterbelag zu verzeichnen. So lange noch diese große Not besteht, werden wir kaum der Frage an den Leib rücken können. Wir werden es erst dann tun können, wenn wir mehr Wohnungen zur Verfügung haben.

Stadtrat Thaller verweist auf die Beschlagnahme von Wohn- und Geschäftsräumen durch die Besatzungstruppen. Wenn auch im Jahre 1949 591 Wohnungen zurückgegeben, 635 Untermieten aufgegeben, 29 Villen, 17 Hotels, 10 Wohnhäuser, 1 Schule, 5 Büros, 13 Kaffeehäuser und Restaurants, 15 Geschäftslokale, 23 Garagen und 29 sonstige Objekte freigemacht wurden, so sind noch immer tausende von Wohnungen besetzt. Es sind dies: 3084 Wohnungen, 492 Untermieten, 225 Villen, 22 Hotels, 39 ganze Wohnhäuser, 5 Schulen, 22 Büros, 39 Kaffeehäuser und Restaurants, 42 Geschäftslokale, 79 Garagen und 112 andere Objekte. Dazu kommt noch eine Eigenheit einer Besatzungsmacht. Diese hat bereits aufgebene Wohnungen mit sogenannten Alliierteneinweisungen an ihr nahestehende Personen vergeben. Es handelt sich dabei um 514 Wohnungen und 44 Untermieten.

Diese Tatsachen müssen richtig gewertet werden, will man die wirkliche Leistung des so unbeliebten und so viel geschmähten Wohnungsamtes beurteilen.

Der Redner kommt dann auf die einzelnen Abteilungen seiner Geschäftsgruppe zu sprechen. So hat die Magistratsabteilung 50

die allgemeinen und rechtlichen Angelegenheiten des Wohnungs-, Siedlungs-, und Kleingartenwesens zu betreuen; das ist vor allem die Anwendung und Durchführung des Wohnungsanforderungs-, des Mieten- und des NS-Gesetzes, soweit es sich auf Wohnungs- und Möbelangelegenheiten bezieht.

Die Wohnungsbewirtschaftung erleidet besondere Hindernisse vor allem durch die Schwierigkeiten, die das 14. Hauptstück des NS-Gesetzes auf diesem Gebiet bereitet. Es wurden bereits tausende Ansuchen um Aufhebung der vorläufigen Benützungsbewilligung gestellt. Ein Erschwernis sind auch noch die verschiedenen Entscheidungen. Der Oberste Gerichtshof entscheidet anders als der Verwaltungsgerichtshof und dieser wieder anders als der Verfassungsgerichtshof.

Der Referent spricht sodann von der Unzulänglichkeit des erst im Februar 1949 novellierten Wohnungsanforderungsgesetzes. Es sind diesbezügliche Verhandlungen mit den Ministerien und dem Obersten Gerichtshof im Gange.

Dem Wohnungsamt sind auf Grund des Wohnungsanforderungsgesetzes insgesamt 4.919 Wohnungen angezeigt worden. Davon sind 4.050 Kleinwohnungen, 753 Mittelwohnungen und 116 Großwohnungen. Es wurden davon 4.769 Wohnungen mit Bescheid angefordert. Dazu kommen noch 1.670 besondere Anforderungen das sind also mehr als 6.000 Anforderungsfälle.

Die auf Grund der allgemeinen und besonderen Anforderung angeforderten Wohnungen wurden auf folgende Art vergeben: 101 vorläufige Benützungsbewilligungen wurden in definitive umgewandelt, 2.588 Hauseigentümvorschläge sind genehmigt worden, 4.098 sonstige Wohnungswerber der Klasse I wurden in Wohnungen eingewiesen, 376 Wohnungswechsel wurden bewilligt und 135 Einweisungen in Einzelräume vorgenommen. Damit sind 23.236 Personen in ihrem Wohnbedarf befriedigt worden. Gegen diese Einweisungen wurden - zumeist von Seiten der Hauseigentümer - 1485 Berufungen eingelegt.

Als Wohnungssuchende waren Ende 1949 47.567 Fälle vorge- merkt, und zwar in der Klasse I mehr als 31.000 Fälle, in der Klasse II fast 15.000 Fälle und in der Klasse III 1.300 Fälle.

In der Klasse I gibt es 7.880 Notstandsfälle. Fälle, wo die Menschen in einsturzgefährdeten Häusern leben müssen, gibt es in Wien 446. An Obdachlosen haben wir 2.344 Fälle, von Delogierung bedroht oder schon delogiert 4.938 Fälle. 152 Familien sind als in gesundheitsgefährdeten Wohnungen lebend, vorgemerkt.

Ein Teil dieser Wohnungsbedürfnisse soll durch das Tauschreferat des Wohnungsamtes befriedigt werden. Im Jahre 1949 wurden dort 4.800 Tauschansuchen und 1.800 Vermittlungstausche eingereicht, wovon nur etwa 250 abgelehnt wurden und in nicht ganz 100 Fällen der Hauseigentümer die Zustimmung zu einem Wohnungstausch verweigerte.

Übertretungen des Wohnungsanforderungsgesetzes sind leider noch allzu häufig. Im Jahre 1949 erfolgten 635 Anzeigen, in 447 Fällen wurden Strafen im Gesamtbetrag von über 55.000 S verhängt, in 177 Fällen, wo es sich um kleinere Unregelmäßigkeiten handelte, wurden Verwarnungen ausgesprochen.

Von dem der Magistratsabteilung 50 im September vorigen Jahres angegliederten Preisbestimmungsamt wurden in den ersten zehn Monaten des Vorjahres rund 2.800 Fälle bearbeitet.

Die städtische Wohnhäuserverwaltung gilt als der größte Hausherr Österreichs, die Magistratsabteilung 52 ist der größte Häuseradministrator Österreichs und verwaltet fast 80.000 Wohnungen und Geschäfte. In ihrer Verwaltung stehen 393 Wohnhausanlagen mit mehr als 57.000 Wohnungen und 2.000 Geschäftslokalen. In 7 Wohnsiedlungen gibt es 2.415 Wohnungen und 63 Geschäftslokale. In 11 Ersatzbauten - erstellt von 1934 bis 1938 - befinden sich 2.236 Wohnungen und 20 Geschäftslokale. In 536 im Besitz der Gemeinde befindlichen Althäusern gibt es 6.174 Wohnungen und 1.400 Geschäftslokale. In den Randgemeinden verwaltet die Gemeinde heute 359 Häuser mit 2.646 Wohnungen und 254 Geschäftslokalen. In 34 sogenannten Anteilhäusern, die also nur zum Teil der Gemeinde gehören, befinden sich 428 Wohnungen und 91 Lokale. 49 Stiftungshäuser verfügen über 747 Wohnungen und 145 Lokale. In 3 Notstandsbauten, z.B. dem Barackenlager im Auhof, befinden sich 219 Wohnungen und in 14 treuhändig verwalteten Althäusern sind 233 Wohnungen und 1 Geschäftslokal. Hiezu kommen 27 Siedlungen, die zum Teil von der Magistratsabteilung 53, zum Teil von den verschiedensten Genossenschaften und Sied-

lungsvereinigungen verwaltet werden, mit insgesamt 2.490 Wohnungen und 31 Geschäftslokalen. Noch nicht in die Verwaltung übernommen sind 2.246 total und 3.545 teilweise beschädigte Wohnungen, die erst im Laufe der nächsten Jahre aufgebaut werden können.

Die Verwaltungsarbeit in diesen fast 75.000 Wohnungen und mehr als 4.000 Geschäftslokalen besorgen 1.886 Hauswarte und 45 Hausinspektoren. Stadtrat Thaller spricht diesen Hauswarten für ihre oft wirklich aufopfernde Arbeit den Dank der Gemeindeverwaltung aus. (Beifall bei den Sozialisten.)

Die Mietzinse in den Gemeindewohnungen wurden in letzter Zeit sehr unliebsamen Erörterungen in der Öffentlichkeit unterzogen. Hierzu stellt der Referent fest: die Zinse der Althäuser der Gemeinde sind selbstverständlich streng nach dem Mietengesetz geregelt. In den Gemeindebauten selbst schwankt der Grundzins zwischen 18 und 86 Groschen pro m^2 . Daneben gibt es ein Objekt mit 14 Groschen und andere mit 1.35 Schilling und 1.50 Schilling pro m^2 . Der Großteil dieser Wohnungen zahlt im allgemeinen einen Grundzins zwischen 24 und 32 Groschen. Von den 2,8 Millionen m^2 Wohnfläche, die von der Magistratsabteilung 52 verwaltet werden, entfallen 2,3 Millionen m^2 auf diese Gruppe.

Bei der Erstellung des Budgets mußte die Erfahrung gemacht werden, daß die Instandhaltungszinse absolut nicht ausreichen, um eine richtige Instandhaltung zu gewährleisten. An den Gemeindebauten ist ja seit 1938 ungeheuer viel gesündigt worden. Auch nach 1945 war es oft nicht möglich, das Notwendigste zu tun. Um eine ordnungsgemäße Instandhaltung der Wohnhausbauten der Gemeinde Wien zu ermöglichen, müßte, bei nüchterner Überlegung, immerhin ein Grundzins von 50 Groschen pro Quadratmeter eingehoben werden. Der Finanzreferent mußte rund 8 Millionen Schilling an Wertabschreibungen einfach abbuchen, weil diese Summe aus den Grundmietzins nicht bestritten werden konnte. Auch der ursprüngliche Ansatz von 15 Millionen Schilling für die Instandsetzung der Gemeindebauten wurde auf die Hälfte herabgesetzt.

Um einen Teil des großen Defizites der Wohnhäuserverwaltung hereinzubringen, ist es nach langwierigen Verhandlungen, Konferenzen und Versammlungen mit den Vertrauensmännern der Mieter der Gemeindehäuser gelungen, dem Grundsatz zum Durchbruch zu verhelfen, daß die Gemeinde Wien zwar mit verlorenem Bauaufwand die Wohnungen herstellt, daß aber die Mieter die Verpflichtung übernehmen müssen, durch ihre Mietzinse für die ordnungsgemäße Instandhaltung beizutragen. Nach Bedarf werden natürlich auch die Betriebskosten nach diesem Grundsatz neu gerechnet. Während bis Ende 1949 pro m² 15 Groschen an Betriebskosten eingehoben wurden, sind es ab Feber 1950 21 Groschen, womit nun wenigstens zum Teil das Defizit gedeckt werden kann. Für eine Wohnung von rund 50 m² beträgt diese Erhöhung der Betriebskosten 3 Schilling pro Monat. Bis auf eine kleine Gruppe von Unzufriedenen haben die Mieter für diese Regelung volles Verständnis gezeigt.

In den Neubauten, die seit 1947 bezogen wurden, beträgt der Grundzins 1 Schilling pro Quadratmeter Wohnraum und für Geschäftslokale 2 S pro Quadratmeter. Davon ist 1 S Instandhaltungszins und 1 S wird als Baukostenbeitrag abgerechnet. Im Zusammenhang mit der Regelung der Betriebskosten ist auch die Frage der Betriebskosten der Wäschereien bereinigt worden. Bei den Badeanlagen, die in den großen Gemeindebauten vor 1934 gebaut wurden, sind die Preise den Volksbädern angepaßt. In den Wäschereien und Badeanlagen hat es aber ein Defizit gegeben, das in die Millionen geht. Es mußte also gleichfalls eine Neuregelung geschaffen werden. Man darf nicht vergessen, daß alle Maschinenanlagen veraltet sind. Sie wurden daher mit dem heurigen Jahr zur Gänze abgeschrieben. Wir haben 37 Zentralwaschanlagen mit 851 Waschständen und 432 Bügelständen. 66 Badeanlagen - insgesamt sind es 71 - mit 481 Brausen und 310 Wannen, sind in Betrieb.

Welchen Zuspruch die Anlagen fanden, geht aus der Zahl der Badekarten hervor, die im Jahre 1949 verkauft wurden: es waren insgesamt 581.415.

Die Regelung bei den Waschküchen, die seit Februar 1949 gilt, ist folgende: bisher wurden jedem Mieter in einem Haus mit Waschküche 9 Groschen pro Quadratmeter und Monat angerechnet. Mit einer Bügelanlage betrug der Preis 11 Groschen. Dies wurde

geändert auf 6 Groschen pro Quadratmeter zur Instandhaltung der Anlage, und nur wer die Anlage benützt, zahlt die Betriebskosten pro Washtag, das sind 12 Schilling bzw. 13 Schilling mit einer Bügelanlage. Leider wurde auch gegen diese Regelung von einigen Mietern Sturm gelaufen.

Ein Teil der Agenden der M.Abt.52 besteht auch in der Verwaltung der Möbel aus jener Spende der russischen Besatzung, die uns im Jahre 1945 zugefallen ist. Es war ein Danaergeschenk. (Zustimmung bei der SPÖ.) Die Abteilung, der die Möbelerfassung und -zuteilung obliegt, ist außerordentlich stark beschäftigt. Sämtliche örtliche Zuweisungen von 1945 müssen überprüft werden. 30 Prozent davon wurden aufgehoben. Wie groß die Arbeit in dieser Abteilung ist, erläutern einige Zahlen. Es gab allein hier rund 11.000 Posteingänge und ebensoviele Postausgänge. Rund 4.400 Erhebungen in Wohnungen wurden durchgeführt und ungefähr 10.000 Parteilovorsprachen erledigt. Im Jahr 1949 wurden 3.887 Zuweisungen von Möbeln veranlaßt.

Insgesamt wurden bei der Möbelverwaltung rund 10.000 Mietverträge mit ungefähr 100.000 Möbelstücken abgeschlossen. Davon allein im Jahr 1949 5.677 neue Mietverträge und 1.431 Vertragsänderungen. Neue Zahlungsvorschreibungen wurden in der Höhe von 1,452.100 S. ausgestellt. Das bisherige Gesamtergebnis erreicht die Summe von 2,062.500 S.

Auch die Durchführung der Arbeiten mit den Hausratsdarlehen obliegt der M.Abt.52. Bis Dezember 1949 sind 15.864 Ansuchen eingelangt, die fast zur Gänze wieder an das Handelsministerium weitergeleitet wurden. Der Darlehensbetrag ist fast 100 Millionen Schilling. Erledigt wurden 919 Ansuchen mit einer Summe von ungefähr 5,5 Millionen Schilling.

Der M.Abt.53 obliegt das Siedlungs- und Kleingartenwesen. In direkter Verwaltung der Stadt Wien stehen 1.210 Siedlungshäuser. In den vier im Ausbau befindlichen großen Siedlungen, der Hansson-Siedlung und den Siedlungen in Stadlau, Hirschstetten und Kagran sind es 393 Ein- und Mehrfamilienhäuser mit 646 Wohnungen.

Eine andere Aufgabe besteht in der Betreuung des Kleingartenwesens. 6,341.900 Quadratmeter Gemeindegrund mit 27.500 Parzellen stehen den Kleingärtnern zur Verfügung.

Im Jahr 1949 wurden an 15 Kleingartenvereine Darlehen im Betrage von 300.000 S gewährt. Große Bedeutung kommt auch der Kleintierzucht zu.

Eine sehr leidvolle Frage ist die des Erntelandes. Es gibt noch immer 516 Anlagen mit fast 3 Millionen Quadratmeter auf Gemeindegrund und mehr als 1 Million Quadratmeter auf Privatgrund, obwohl die Verringerung in den letzten Jahren äußerst groß war. Im Jahr 1947 waren die Ziffern noch dreimal so groß als Ende 1949. Die Verringerung dieser Anlagen erstreckt sich vor allem auf die Privatgründe. Nur rund 336.000 Quadratmeter beträgt die Verringerung bei Gemeindegründen, während sich auf Privatgründen rund 1 1/4 Millionen weniger Ernteländer befinden.

Die Aktion, den Ernteländern Gemüsepflänzchen zur Verfügung zu stellen, ist im Jahre 1949 gleichfalls stark zurückgegangen. Es wurden insgesamt 370.000 Gemüsepflänzchen ausgegeben, während es 1948 noch 2,25 Millionen waren. Die Ernte betrug 1949 14 Millionen Kilogramm Gemüse und Obst im Werte von 19 Millionen Schilling.

Stadtrat Thaller erklärt sodann: Es ist ein beliebtes Schlagwort, das immer wieder gegen das Wohnungsamt gebraucht wird, man müsse ein bestimmtes Parteibuch vorweisen können, um zu einer Wohnung zu kommen. Ich finde dieses Argument lächerlich; es ist nämlich nicht wahr. Als Beweis hierfür mögen die Zuweisungen von Neubauwohnungen seit August 1949 dienen. Diese Zuweisungen erfolgten 14 % bei Einsturzfällen, 24 % wegen Delogierungen, 10 % wegen Obdachlosigkeit, 12 % wegen gesundheitsschädlicher Wohnungen und 40 % wegen Überbelage der Wohnung. Von Parteilichkeit kann also keine Rede sein. Wir fragen nicht nach der Parteizugehörigkeit, sondern wir sehen nur den Notstandsfall. Ich habe wirklich nur das Bestreben, die Notstandsfälle zu verringern und wegzubringen. Es ist mir gleichgültig, welcher Partei der Wohnungswerber angehört.

Dem Wohnungsamt werden aber mancherlei Schwierigkeiten bereitet, die man bei einigem guten Willen verhindern könnte. Das ist z.B. die Praxis unserer Bezirksgerichte, die jedem Kündigungsbegehren wegen Eigenbedarfs stattgeben, ohne zu berücksichtigen, ob dieser Eigenbedarf nicht nur formal sondern auch tatsächlich gegeben ist. Ich habe den Justizminister auf die Gefahren der im Winter drohenden Delogierungen aufmerksam gemacht und bei ihm das

größte Entgegenkommen gefunden. Aber niemand in unserem Lande kann einem unabhängigen Richter einen Auftrag geben, in welcher Weise er Recht sprechen soll.

Eine Gefährdung unserer Bemühungen auf Abbau der Notstandsfälle bedeutet weiter die Bestimmung des Wohnungsanforderungsgesetzes, die dem Hauseigentümer das Recht gibt, einen Hausherrenvorschlag zu erstatten. Wir haben durch unserer Praxis die Hauseigentümer doch schon so weit erzogen, daß sie nicht mehr nur an jene, die ein paar tausend Schilling zahlen können, eine Wohnung vergeben. Die Hauseigentümer sind heute schon so weit, daß sie nur mehr dem einen Hausherrenvorschlag zusagen, der wenigstens in der Klasse I 65 Punkte erreicht. Aber es ist nicht immer der Bedürftigste, der auf diesem Wege zu einer Wohnung kommt, denn das Wohnungsamt hat keine Möglichkeit, einen solchen Hausherrnvorschlag abzulehnen, wenn nicht ein ganz besonderer Notstand vorliegt.

Die Beamten des Wohnungsamtes, sagt Stadtrat Thaller weiter, bemühen sich nach besten Können. Sie arbeiten mindestens so gut wie alle anderen Beamten in der Gemeinde, ja sie haben eine der schwierigsten, unangenehmsten und am wenigsten bedankten Arbeiten zu leisten. Meine Beamten sehen nicht nur die Paragraphen der Gesetze, sondern überall auch den Menschen in seinem Leid. Ich betrachte es als eine meiner Aufgaben das Wohnungsamt aus dem Dunstkreis von Haß und Verleumdung, in den es durch die Not der wohnungsheischenden Opfer des Bombenkrieges und des Faschismus geraten war, herauszuschälen. Ich hoffe, daß mir dies durch die aufopfernde Tätigkeit aller Angestellten des Wohnungsamtes zum Teil bereits gelungen ist und daß es mir mit dem Fortschreiten des großen Wohnbauprogramms der Gemeinde zur Gänze gelingen wird. Denn zu den Aufgaben der öffentlichen Verwaltung gehört neben der Sicherung des Lebensunterhaltes, des Arbeitsplatzes, der Nahrung und Kleidung auch die Sicherung der Wohnung! (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Bürgermeister Dr.h.c. Körner bricht die Verhandlungen um 19.10 Uhr ab.

Donnerstag um 9 Uhr wurden die Budgetberatungen unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr. h. c. Körner fortgesetzt. In der Spezialdebatte zum VIII. Hauptstück sprach als erster Redner Ing. Haider (WdU). Er sagte über das Möbelreferat, daß die Verwaltung von fremden Eigentum nur eine Belastung mit sich bringe. Er hoffe, daß die Gemeinde aus dieser Erkenntnis die entsprechende Nutzenanwendung zieht und die rechtmäßigen Eigentümer in Bälde schadlos halten wird. Der Redner zitierte in diesem Zusammenhang Vizebürgermeister Weinberger, der bei der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates am 8. Dezember sagte: "Wir begrüßen es, daß auch in der Möbelfrage eine halbwegs erträgliche Lösung gefunden wird."

Ebenso wären hinsichtlich der Siedler und Kleingärtner übereilte Maßnahmen zu bereinigen. Ing. Haider setzte sich auch für die Schrebergärtner ein, besonders für jene, deren Gärten sich auf Grundflächen befinden, die verbaut werden sollen. Er kritisierte die Beschaffenheit des Ersatzlandes. Es seien ihm Fälle bekannt, wo Grundstücke zugewiesen werden, auf denen sich noch die Betonsockel von Baracken befinden. Der Redner stellte dann an Stadtrat Thaller die Anfrage, wie die Eingänge aus den Bundesmitteln und der ERP-Hilfe für die Kleingärtner im Detail verwendet werden sollen.

Über das Wohnungsamt sagte der Redner, es sei jedem klar, daß das Wohnungsamt und seine Beamten ein Arbeitspensum zu leisten gezwungen sind, das vielfach oft unvergleichlich ist. Andererseits bleibt jedoch die Tatsache bestehen, daß diese Abteilung der Gemeinde Wien die unpopulärste bei der Bevölkerung ist. Sie bedeutet ja nichts anderes, als die Zwangsbewirtschaftung eines Artikels des Alltags. Die Erfahrung der Zwangsbewirtschaftung auf anderen Gebieten haben immer wieder gezeigt, daß es Fälle gibt, durch die die Bewirtschaftung durchbrochen wird. Es ergibt sich die Frage, ob es nicht vielleicht doch besser wäre, die Zwangsbewirtschaftung auf diesem Gebiet zu lockern. Ing. Haider machte in diesem Zusammenhang den Vorschlag, die Mietscheine wieder einzuführen.

Im übrigen gab der Redner für seine Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen des VIII. Hauptstückes. (Beifall bei der WdU.)

GR. Hausner (Linksblock) erklärt, aus den Ausführungen des Amtsführenden Stadtrates sei nicht ersichtlich geworden, daß er sich bemühte, in der Bewirtschaftung der Wohnungen eine Verbesserung zu erzielen. Gerade das Wohnungsamt berühre zutiefst die Menschen, deshalb sei es besonders notwendig, daß es versuche, die Lage der schwer geprüften Bevölkerung mit allen Mitteln zu verbessern. Die obdachlosen Wohnungssuchenden sind jedoch nach wie vor der Willkür der Wohnungsbesitzer in den Privathäusern ausgeliefert. Für kleine bescheidene Wohnungen werden tausende Schilling verlangt. Dazu kommt, daß auch noch die Hausherrn von Wohnungstauschwerbern finanzielle Beiträge fordern.

Ein Erschwernis ist in der Wohnungswirtschaft auch das Vorhandensein von Doppelwohnungen. In der Randgemeinde Essling wurden z.B. nicht weniger als 300 leerstehende Objekte festgestellt, deren Besitzer eine Wohnung in der Stadt haben und die Objekte nur zum Wochenende benützen. Auch hier wäre zur Entlastung des Wohnungsmarktes ein strengeres Vorgehen notwendig. Durch die sogenannten § 3-Wohnungen werden die Wohnungslosen am meisten ausgebeutet. Das Wohnungsamt wäre verpflichtet, auf eine Beschleunigung des Wiederaufbaues sowohl der privaten als auch der gemeindeeigenen Häuser zu dringen. Auf diesem Gebiet ist aber bisher sehr wenig getan worden, und es sind auch im Budget gar keine Mittel dafür vorgesehen worden.

Der Redner spricht sich für die rascheste Freigabe der von den Besatzungsmächten beschlagnahmten Wohnungen aus. Dort, wo solche Wohnungen bereits freigegeben wurden, bleiben sie aber jahrclang leer stehen, ohne daß sie wiederhergestellt würden. In Kagran wurden z.B. im Juni 1948 27 Wohnungen von der Besatzungsmacht freigegeben (GR. Frieda Nödl: Aber in welchem Zustand), und erst im Jänner 1950 ist mit den Adaptierungsarbeiten begonnen worden. Das Wohnungsamt müßte diese Wohnungen dem Wohnungsmarkt rascher zuführen. In der administrativen Führung der gesamten Wohnungswirtschaft müßten Verbesserungen möglich sein. Wahrscheinlich ist das Wohnungsamt gerade durch seine allzu umständliche Arbeit in einen sehr schlechten Ruf gekommen.

In einem Entschließungsantrag, den GR.Hausner einbringt, kommt zum Ausdruck, der Gemeinderat halte eine Abschaffung der sogenannten Hausherrenvorschläge, eine Novellierung des § 3 des Wohnungsanforderungsgesetzes und des § 28 des Wohnungswiederaufbaugesetzes für eine unbedingte Notwendigkeit. Er beantrage daher, Bürgermeister, Stadtsenat und Magistrat zu beauftragen, diese seine Meinung dem Bundesminister für soziale Verwaltung, der Bundesregierung, dem Nationalrat und dem Bundesrat zur Kenntnis zu bringen und entsprechende Abänderungen der Gesetze im Interesse der Wohnungsbedürftigen vom Staate auf das entschiedenste zu verlangen.

Ich bin nicht der Meinung, fährt Radner fort, daß im Wohnungsamt die Beamten es sind, die das Parteimitgliedsbuch verlangen, aber es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß die Anmeldung zur Partei notwendig sei, wenn man wirklich eine Wohnung bekommen will. Es liegt an der Partei, die im Wohnungsamt als Leitung vertreten ist, daß sie gerade in dieser Frage etwas vorsichtiger ist. Es liegt an ihr selbst, den in der Bevölkerung vielfach erhobenen Vorwurf zu entkräften.

Hinsichtlich der Mietzinsbildung habe der Amtsführende Stadtrat unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß eine Erhöhung der Mietzinse um 50 Prozent notwendig sein werde, um das Auslangen bei den gemeindeeigenen Häusern zu finden. Hier werde von dem Grundsatz der kostendeckenden Zinse abgegangen und versucht, mehr Mittel hereinzubringen. Während in Privathäusern Rechnung über die Notwendigkeit der Erhöhung von Betriebskosten gelegt wird, wird das bei den Gemeindewohnungen nicht getan. Außerdem würden sämtliche Gemeindebauten bei der Berechnung der Betriebskosten zusammengezogen und alle Mieter gleicherweise zu den Betriebskosten herangezogen.

Die Gebühren in den Zentralwaschküchen der Gemeindehäuser sollen wohl so erstellt werden, daß sie die Kosten decken. Wenn sich aber einzelne Mieter dagegen wenden, darf nicht von amtswegen versucht werden, diese durch Schreiben und angedrohte Verwarnungen einzuschüchtern. Der Redner weist an Hand von Briefen nach, daß dies tatsächlich geschehen sei und bezeichnet dieses Vorgehen als undemokratisch.

Es müßte auch von Seite der Gemeinde etwas getan werden, um gerade den jungen Eheleuten bei der Ehestandsgründung behilflich zu sein. Der soziale Charakter der Stadtverwaltung würde zusätzliche Leistungen zu denen des Bundes etwa in Form einer Hausrat-hilfe verlangen.

Wenn der Amtsführende Stadtrat die von einer Besatzungsmacht der Gemeinde gegebenen Möbelstücke als Danaergeschenk bezeichnet habe, durch das ihr Belastungen auferlegt wurden, habe er vergessen, wie notwendig dieses Geschenk im Hinblick auf den großen Bedarf der durch den Krieg Geschädigten war. Daß nicht weniger als hunderttausend Möbelstücke vergeben wurden, bewaise dies zur Genüge.

Von Fachleuten ist von dem Siedlungsunwesen gesprochen worden, das sich in Wien entwickelt hat, da von der öffentlichen Hand in der Vergangenheit in sehr geringem Ausmaß und in der Gegenwart in gar keiner Weise irgendeine Hilfe für die Siedlungen geleistet wird. Davon können gerade die Randbezirke ein Lied singen. Im Siedlungswesen muß mehr als bisher getan werden. Besonders der 22. Gemeindebezirk leidet darunter, daß keine geordnete Siedlungsbewegung gefördert wird. GR. Hausner spricht sich für eine Förderung auch des Genossenschaftlichen Siedlungswesens aus und bedauert das Fehlen einer Vorsorge für das Siedlungswesen im Budget. Er bemängelt es, daß nicht nur nichts gegeben, sondern sogar noch genommen wird, wie es z.B. bei einer Siedlung der Fall war, die einen Kredit zu 1 % erhielt und der ein zweiter Kredit nur unter der Bedingung gegeben wurde, daß für den neuen Kredit 3 % und auch für den Rest des alten 2 % gezahlt würden. Die Wünsche der Siedler gehen nach einer Herabsetzung der Grundsteuer und Aufhebung der rückwirkenden Vorschreibung der Grundsteuer, wenn sie über 3 Jahre hinausreicht. Die Siedler, die bei Stadtrat Thaller vorgesprochen haben, seien jedoch mit der Überzeugung von ihm weggegangen, daß es aussichtslos sei, von ihm Hilfe zu erwarten.

GR. Hausner stellt einen zweiten Resolutionsantrag, der darauf abzielt, für die Bewohner der Siedlungen im Wiener Stadtbereich Verhältnisse zu schaffen, wie sie in einer Großstadt selbstverständlich sein müßten.

Dies gelte für die Herstellung der Zufahrtsstraßen und Verkehrswege, für den Anschluß an das städtische Verkehrsnetz ohne belastende Sondertarife, für den Anschluß an die städtische Wasserversorgung, für die Eingliederung in das städtische Kanalisationssystem und für den Anschluß an das städtische Stromnetz und die Gasversorgung ohne belastende Kosten für die betroffene Bevölkerung.

GR. Swoboda (SPÖ) bekennt sich namens der sozialistischen Fraktion zu dem Optimismus des Stadtrates Thaller. Daß dieser von den Kommunisten in Zweifel gezogen wird, sei nicht zu verwundern, denn bei ihnen gehe es nur Pessimismus, Zweifel und Verleumdung.

Gegenüber den Ausführungen des GR. Hausner, daß die Vertrauensmänner in den Gemeindehäusern nicht gewählt, sondern bestellt worden seien, erklärt er, daß die Mieter ihre Vertretungen in freier Wahl gewählt haben und auch die Kommunisten in den Gemeindehäusern sich mit der geschaffenen Vertretung vollständig einverstanden erklärt haben.

Was die Betriebskosten anlangt, so unterstellt sich die Gemeindeverwaltung jeder Kontrolle. Das Defizit ist bei den Betriebskosten im vergangenen Jahr auf 1,3 Millionen Schilling angewachsen, jenes bei der Zentralwaschküche auf 1,6 Millionen. Diese Defizite hat die Gemeindeverwaltung ihren Mietern geschenkt und die Betriebskosten erst im neuen Jahr in der entsprechenden Höhe eingeführt. Davon wird natürlich von den Kommunisten nicht gesprochen, weil sie im Auftrag einer höheren Macht handeln müssen.

Auch bei den Hausordnungen in den Gemeindehäusern muß Ordnung geschaffen werden. Die Kommunisten, die hier eine verschwindende Minderheit bilden, sind so laut, als wenn sie eine kolossale Mehrheit hätten. Es wäre also gut, wenn sie sich auch in den Gemeindehäusern den demokratischen Regeln unterwerfen würden. (GR. Hausner: Wir entscheiden auch größere Sachen! - GR. Frieda Nödl: Gegen Österreich!)

Auf das Problem der Wohnungssuchenden übergehend, erklärt der Redner: Die größte Kulturtat ist hier der Wohnhausbau, und wir Sozialisten können stolz darauf sein, daß sich die sozialistische Gemeindeverwaltung zu Höchstleistungen aufgeschwungen hat. (GR. Lauscher: Wenn es Höchstleistungen wären!)

Diese Leistungen werden auch das Geschrei der Kommunisten überdauern, Es ist klar, daß wir nicht nur in Wien sondern in ganz Österreich zu einem sozialen Wohnhausbau kommen müssen.

Zur Erhaltung des Althausbesitzes sollte wieder der von der Gemeindeverwaltung schon vor dem Jahre 1934 geschaffene Ausgleichsfonds errichtet werden. Diese soziale Einrichtung, die die Menschen mit kleineren Einkommen schützt, sollte ebenfalls in ganz Österreich eingeführt werden. Es würde sich dann erübrigen, Vorschläge anzunehmen, die in der letzten Zeit der Öffentlichkeit unterbreitet wurden und auf nichts anderes hinausgehen, als die österreichische Bevölkerung wieder in das kapitalistische Joch zurückzuführen, das wir froh sind, überwunden zu haben.

Redner verlangt schließlich eine Änderung des § 8 des Mietengesetzes, in dem es heißt, daß Reparaturen nur dann erzwungen werden können, wenn der Instandhaltungszins dazu reicht. Das bedinge nichts anderes als eine Hausherrenrente, die es in Zukunft überhaupt nicht geben kann. (Beifall bei den Sozialisten.) Ferner fordert er, daß die für den Wiederaufbau zerstörter Wohnungen versprochenen ERP-Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Der Redner wendet sich sodann an die ÖVP und erklärt, daß die Spitzen dieser Partei Wege gehen wollen, die mit den Verhältnissen in Österreich nicht in Einklang zu bringen sind. Das Wohnungswesen darf nicht mehr zu einer Frage kapitalistischer Ausbeutung gemacht werden.

In einer Situation, wie sie nach 1945 war, kann man keine Wunder schaffen. Aber in zäher Ausdauer und festem Willen werden wir hier Remedur schaffen, und so wird Wien wieder einer schöneren Zukunft entgegen gehen. (Beifall bei den Sozialisten.)

GR. Haim (ÖVP) erklärt, auch er finde es selbstverständlich, daß die Gemeinde Wien versuchen muß, den monatlichen Abgang von 64 Schilling pro Gemeindefohnung auszugleichen. Stadtrat Thaller hat es in dieser Beziehung als größter Hausherr Österreichs leichter, als alle anderen. Er hat mit den Organisationen der Mieter verhandelt und es zeige von einer bewundernswerten Disziplin der städtischen Mieter, wenn sie dieser Regelung zugestimmt haben.

Diese Disziplin läßt jedoch den Schluß zu, daß es sich bei den Mietern der Gemeinde Wien um eine Gruppe von Menschen einer politischen Parteirichtung handelt. Der Redner wünscht, daß mit dem gleichen Verständnis auch andere Versuche, die zur Lösung des Wohnungsproblems dienen sollen, nicht behindert werden.

Der Redner verweist auf einige Fälle, wonach für die Zuweisung von Wohnungen leider oft das Parteibuch maßgebend war. Er lastet dies jedoch nicht der Gemeindeverwaltung oder ihren Beamten an. So werden zum Beispiel bei einer gewissen Frau Klaus seit drei Jahren Mitgliedsbeiträge mit der Zusage eingehoben, daß sie sich durch ihre Mitgliedschaft eine Wohnung bei der Gemeinde Wien erwerben kann. (Lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ.) Er findet es ungerechtfertigt, einer alleinstehenden Frau solche Versprechungen zu machen, wenn es auf der anderen Seite mehrköpfigen Familien nicht möglich ist, durch das Wohnungsamt eine Wohnung zu bekommen. Er erwähnt auch den Fall einer neunköpfigen Familie, darunter 6 Kinder, die sich seit Jahren bemüht, eine Wohnung zu bekommen. Diese Familie, es handelt sich um einen kleinen Gewerbetreibenden, hat sich ihre Werkstätte durch Stockwerksbau abgeteilt. Sie hat so eine Fläche von 40 m² erhalten, auf der 9 Personen wohnen. Eine andere Familie, sie besteht aus 4 Personen, haust in einem Luftschutzkeller, trotzdem dies vom Gesundheitsamt verboten wurde. Die Kinder wurden der Familie aus gesundheitlichen Gründen vom Gesundheitsamt abgenommen. Bei einem dieser Kinder war die Tuberkulose bereits so weit fortgeschritten, daß dem Kind einige Rippen entfernt werden mußten, um es überhaupt noch am Leben zu erhalten. Der Redner erklärt, daß die Angaben des Stadtrates Thaller, nach denen nur Delogierete, Obdachlose usw. Wohnungen bekamen, bestimmt richtig sind. Er bittet jedoch sehr darum, in den Fällen, in denen selbst von den Behörden der Wiener Stadtverwaltung Entscheidungen über unmögliches Wohnen gefällt wurden, raschest zu handeln.

Die Tatsache der Gefälligkeitsdelogierungen möchte er nicht bestreiten. Es gibt jedoch auch viele Bosheitsakte der Hauptmieter und bei solchen Vorkommnissen möchte man Verständnis haben.

Der Redner kommt dann auf das Siedlungs- und Genossenschaftswesen zu sprechen. Es ist in Österreich auch bereits die Industrie bemüht, für ihre Arbeiter- und Angestelltenschaft Wohnraum zu schaffen. Als Beispiel führt er die Alpine-Montan-Gesellschaft an. Der Redner regt an zu erwägen, ob nicht die Gemeinde Wien für ihre Bediensteten derartige Einrichtungen fördern und schaffen könnte.

GR. Haim hat bei der Arbeitsgemeinschaft des Österreichischen Siedlungswerkes einige Daten erhoben, aus denen hervorgeht, daß Wohnungssuchende ganz namhafte Beträge zur Erlangung einer eigenen Wohnung ausgeben würden. Es handelt sich hier größtenteils um Arbeiter und Angestellte. Er ersucht Stadtrat Resch für die Schaffung von Wohnungseigentum auf der Basis der genossenschaftlichen Bewegung Kredite zur Verfügung zu stellen. (Starker Beifall bei der ÖVP.)

Zu dem Geschenk der russischen Besatzungsmacht, der sogenannten Möbelspende, regte GR. Haim an, bei einer Aussprache mit den Schenkern dieser Spende doch irgendwelche Unterlagen zu bekommen, die die Gemeinde dieses leidigen Geschenkes entheben. Der Redner sagte, es gäbe fast keine Sitzung im Gemeinderatsausschuß VIII, in der nicht diese Dinge behandelt werden müssen, aber nicht im positiven sondern im negativen Sinn. Er prangerte auch an, daß Leute, die Möbel aus dieser Spende bekommen haben, diese wieder untervermieten, aber der Gemeinde Wien die Miete schuldig bleiben.

GR. Haim stellte dann fest, daß die Frage des beschlagnahmten Wohnraumes zwar eine leidige Angelegenheit sei, andererseits aber die Gemeindeverwaltung selbst Objekte für sich in Anspruch nimmt, die rechtmäßig anderen Eigentümern gehören. Er führte als Beispiel dafür das Gebäude im 14. Bezirk an, in dem das Amthaus untergebracht ist. Der Bau sei nach einem Bescheid des Innenministeriums dem Verein der Christlichen Frauen Österreich zugesprochen worden. Der Redner stellte den Antrag, alles zu unternehmen, damit das Gebäude dem rechtmäßigen Eigentümer zurückerstattet wird.

Abschließend brachte GR. Haim den Wunsch seiner Fraktion zum Ausdruck, daß es dem Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI gelingen möge, so viel Arbeitskräfte und Material aufzubringen, damit die für die Erfüllung des Wohnhausbaues budgetierten Mittel auch wirklich verbaut werden und dadurch die Arbeit der Geschäftsgruppe VIII erleichtert wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Stadtrat Thaller beschäftigte sich in seinem Schlußwort eingehend mit den Ausführungen der Debatteredner. Zu der von allen Rednern berührten Frage der Möbelzuweisung stellte er, um Irrtümern vorzubeugen, fest, daß das Wort vom Danaergeschenk nicht in dem Sinn gemeint sei, die Gemeinde wäre undankbar. Die Stadtverwaltung weiß genau, daß 1945 dieses großherzige Geschenk der Besatzungsmacht für die einzelnen Menschen eine außerordentliche Wohltat war. Nur für das Amt selbst ist die Angelegenheit leider zu keiner Wohltat geworden. Es müssen heute zehntausende von Akten überprüft werden, obwohl es begreiflich ist, daß im Trubel der Ereignisse des April und Mai 1945 vieles ohne Überprüfung geschehen ist. Dies müsse aber heute wieder richtig gestellt werden. Dort, wo ein tatsächlicher Notstand festgestellt wird, werden auch die Möbel, wenn der Mieter freiwillig darauf verzichtet, dem ursprünglichen Besitzer zurückgegeben. Aber an dem Grundsatz, daß die Möbel Eigentum der Gemeinde Wien geworden sind, muß selbstverständlich festgehalten werden.

In Entgegnung auf die Ausführungen des GR.Hausner erklärt Stadtrat Thaller, daß man gezwungen sei, sich an die Bestimmungen des Wohnungsanforderungsgesetzes zu halten. Eine Änderung des Gesetzes liege nicht in der Kompetenz des Gemeinderates. Was er selbst zu einer Änderung beitragen könne, werde er tun. Überall, wo Doppelwohnungen festgestellt werden, werden sie angefordert.

Wenn sich Mieter dadurch geschädigt fühlen, daß sie für Wohnungen Ablöse zahlen^{müssen}, so hätten sie nach dem Wohnungsanforderungsgesetz das Recht, diesen Betrag nachher wieder zurückzufordern. Keinem Mieter fällt es aber ein, deswegen zum Gericht zu gehen. Er kommt höchstens zum Wohnungsamt. Wenn Hauseigentümer die Zustimmung zum Wohnungstausch versagen, so kann nach den Bestimmungen des Gesetzes diese Zustimmung erlangt werden.

Für die Bewirtschaftung jener Wohnungen, die aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds wiederhergestellt werden, hat das Wohnungsamt vorgesorgt. Wir haben die Hausinhabungen solcher Häuser davon verständigt, daß sie nach dem Wiederaufbaugesetz verpflichtet sind, die Wohnungen in erster Linie dem Vormieter anzubieten, und wir haben auch allen möglichen Schlichen vorge-

baut. Es werden auch die Mieter verständigt, daß solche Wohnungen wiederhergestellt sind.

Hinsichtlich der von den Besatzungsmächten wieder freigegebenen Wohnungen erklärt der Redner unter Hinweis auf den von GR.Hausner angeführten Fall in der Wagramer Straße, er habe, nachdem er von diesem Fall Kenntnis erhalten hat, sofort alle zuständigen Magistratsabteilungen in Bewegung gesetzt, um diese 27 Wohnungen raschestens wiederherzustellen. Man habe bisher damit gezögert, weil man befürchtete, daß die Besatzungsmacht die wiederhergestellten Wohnungen neuerlich anfordern könnte. Ich habe, erklärte Stadtrat Thaller, der russischen Besatzungsmacht gegenüber den Optimismus, daß die Wohnungen, die wir aus eigenen Mitteln wiederherstellen, nicht ein zweites Mal beschlagnahmt werden. Die Wohnungen waren in einem Zustand, daß die Mieter selbst nach drei Tagen wieder ausgezogen sind, weil es unmöglich war, in ihnen zu hausen, auch wenn man keine andere Wohnung hat.

Daß Wohnungen länger leerstehen, als notwendig ist, ist in den seltensten Fällen das Verschulden des Wohnungsamtes, sondern es handelt sich im allgemeinen um Wohnungen, bei denen Verlassenschaftsverhandlungen anhängig sind. Diese dauern, da die Erben oft gesucht werden müssen, außerordentlich lange.

Wenn GR.Hausner meint, der Apparat des Wohnungsamtes sei zu umständlich, so ist dem gegenüberzuhalten, daß auf diesem Gebiete bereits alles Erforderliche in Angriff genommen und zum Teil bereits durchgeführt worden ist. Wir wollen kein bürokratisches Amt sein, sondern ein Amt, das den Menschen in ihrer Not hilft. Von allen Parteien des Hauses wird natürlich im Wohnungsamt interveniert, weil die Menschen in ihrer Not zu den Gemeinderäten gehen, und wo wir können, dort helfen wir auch.

Die Frage der Mietzinsbildung in den Gemeindehäusern habe ich mit den Mietern und ihren Vertrauensmännern besprochen. Der Amtsführende Stadtrat dankt den vielen tausenden Hausvertrauensmännern in den Häusern der Gemeinde Wien, daß sie sich mit ihm der Arbeit unterzogen haben, Ordnung in ein Problem zu bringen, das wie ein Krebsgeschwür an den Finanzen der Stadt Wien gesaugt hat. Die Vertrauenspersonen sind in einer sehr demokratischen Form von allen Mietern gewählt worden.

Der GR. Haim wollte durch die außerordentliche Disziplin der Gemeindemieter den Beweis^{dafür} erbringen, daß sie einer einzigen Partei angehören. Redner fragt: Was ist mit all den Mietern, die nach 1934 in die Gemeindehäuser hineingesetzt wurden, wo man die sozialistischen Vertrauensmänner und Funktionäre hinausgeworfen hat? Was ist mit allen denen, die von 1938 bis 1945 in die Gemeindehäuser hineingesetzt wurden? Sind die alle plötzlich Sozialisten geworden? Dann würde es mich außerordentlich freuen! Ich glaube aber gar nicht daran, daß sie es geworden sind, sondern bei ihnen wirkt das gute Beispiel der sozialistischen Mieter und Vertrauensleute nach. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Es ist bedauerlich, daß von den rund 17.000 Ansuchen um Hausratsdarlehen in diesem Jahr nicht einmal 1000 erledigt worden sind. Wir sind aber bestrebt, daß die Gemeinde Wien jenen Anteil an den Zuweisungen erhält, der ihr nach den Beschlüssen der zuständigen Kommission zusteht.

Daß die Siedlungstätigkeit in unserer Stadt immer aus einer Notlage heraus entstanden ist, ist zu bedauern. Die Gemeinde Wien muß dann dieses wilde Siedeln irgendwie in geordnete Bahnen lenken. Man darf aber nicht behaupten, daß sich die Gemeinde Wien nicht um die Siedlungen kümmert. Für eine Reihe von Siedlungen wurden in den letzten fünf Viertel Jahren nicht weniger als $6 \frac{3}{4}$ Millionen an Krediten zur Verfügung gestellt. Wenn diese zuerst mit einem Prozent und später mit 3 Prozent verzinst werden, hängt das mit der Bankrate zusammen. Es handelt sich hierbei um Siedlungen, die zum Großteil Genossenschafts- oder Privateigentum sind. Soweit die Gemeinde Wien dazu imstande ist, auf dem Gebiete des Siedlungsbaues etwas zu tun, tut sie es. Wir haben uns leider entschließen müssen auf einige Jahre vom Siedlungsbau abzugehen. Wir müssen vor allem den Hochbau forcieren, aber augenblicklich hat die Gemeinde Wien 6 große solche vorbildliche Siedlungen im Bau, von denen 4 bereits zum Teil besiedelt sind, die nicht weniger als 3000 Wohnungen umfassen werden (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Zu den Ausführungen des GR. Haim erklärt der Redner, wenn eine Wohnungswerberin bei einer Partei bereits drei Jahre einzahlte und noch immer keine Wohnung habe, so sei dies kein Beweis für einparteiische Wohnungszuweisung durch das Wohnungsamt. Wenn

einzelne Fälle wirklichen Notstandes an ihn herangetragen würden, sei er zu sofortiger Hilfe bereit.

Zu der bei uns in Mietensachen üblichen Rechtssprechung führt er aus: Ich möchte es gar nicht haben, daß irgendeinem Richter von irgendeiner Stelle unseres Staates aus eine Weisung gegeben wird, in welchem Sinne er Entscheidungen zu fällen hat. Das fällt gerade uns Sozialisten, die wir Anhänger eines Rechtsstaates sind, nicht ein. Was ich kritisieren ist, daß Recht nach formalistischen Dingen gesprochen wird und daß die freie Beweiswürdigung nicht in der entsprechenden Weise vorgenommen wird. Die Richter sollten einsehen, daß sie nicht nach dem starren Paragraphen eines 140 Jahre alten Gesetzes zu urteilen haben, sondern die freie Beweiswürdigung mehr in Anspruch nehmen. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

Ich führe einen heftigen Kampf gegen die Entscheidungen der Baupolizei und versuche, diese so zu beeinflussen, daß mein Grundsatz auch bei der Baupolizei zum Durchbruch kommt, daß sich in erster Linie jede Entscheidung danach zu richten hat, den bestehenden Wohnungsraum zu erhalten. (Erneuter Beifall.)

Der GR, Haim hat uns andere Körperschaften, die aus ERP-Mittel Bauten aufführen, als Beispiel für die Förderung des Siedlungsbaues vorgeführt. Auch die Gemeinde Wien ist daran, diese Frage auf dem gleichen Wege wie auch die großen Industrieunternehmungen in den Bundesländern zu regeln. Die Wiener Stadtwerke werden für ihre Angestellten und Arbeiter große Siedlungs- und Hochbauten durchführen. Stadtrat Resch hat die anderen Unternehmungen der Stadt Wien, die über Geldmittel verfügen, veranlaßt, diese Frage zu prüfen. Am weitesten ist die Frage bei der Städtischen Versicherung geblieben. Es besteht auch der Versuch, die Verbundgesellschaft für die Elektrizitätswirtschaft zu veranlassen, daß auch sie in Wien eine größere Anzahl von Wohnungen für ihre Angestellten baut.

Das Wohnungseigentum ist eine der strittigsten Fragen, und ich fürchte, ich werde da gerade mit der ÖVP noch von amtswegen in einen ärgeren Konflikt kommen; denn wir werden nicht einfach anerkennen, daß aus öffentlichen Mitteln gebaute Wohnungen für Leute verwendet werden, die nicht bombengeschädigt sind.

Diesem Grundsatz werden wir unter Inanspruchnahme der höchsten Gerichte dieses Landes mit allen Mitteln zum Durchbruch zu verhelfen versuchen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.) Auf den Zwischenruf des Vizebürgermeisters Weinberger, das Wohnungseigentum sei ein sehr gesunder Gedanke, entgegnet der Amtsführende Stadtrat: Aber dann müssen andere Mittel als die des Wohnhauswiederaufbaufonds dazu verwendet werden!

Die Gemeinde Wien ist für eine Unterstützung des Wohnhausbaues nur, wenn es sich um den gemeinnützigen und genossenschaftlichen Bau handelt. Für die Unterstützung einzelner haben wir leider nichts übrig. Das müssen wir uns auf andere Zeiten aufheben. Es entspricht auch nicht den Grundsätzen, nach denen unsere Partei die Gelder dieser Stadt verwenden will.

Stadtrat Thaller wendet sich sodann gegen eine Veröffentlichung der "Presse". Die sonst absolut objektiv gehaltene Wiedergabe seines gestrigen Berichtes hatte den entstellenden Untertitel: "Stadtrat Thaller für 50%ige Zinserhöhung". Die Sozialistische Partei und ich als Verwalter der Gemeindegäuser, erklärt Radner, müssen selbstverständlich dafür eintreten, daß unserem Grundsatz des sozialen Wohnhausbaues Rechnung getragen wird. Das bedeutet, daß wir zwar mit verlorenem Bauaufwand aber Selbstkostendeckung arbeiten; soweit die Selbstkosten nicht gedeckt werden, müssen die Mieter selbstverständlich die entsprechenden Kosten tragen.

Eingehend auf die Rede des GR. Swoboda betont der Stadtrat, daß abgesehen von ein paar Außenseitern heute niemand mehr die Notwendigkeit des sozialen Wohnhausbaues bestreitet. Denn dem Menschen das Dach über dem Kopf zu sichern, ist heute eine absolute Notwendigkeit geworden. Während es vor ein paar Monaten notwendig war, beim Wohnungsproblem zu übertreiben, um den Menschen zu zeigen, daß etwas geschehen muß, ist es heute notwendig, den Menschen zu zeigen, daß hier nicht eine Sisyphusarbeit zu leisten ist, sondern eine Arbeit, die in abschbarer Zeit von Erfolg gekrönt sein wird. (Lebhafter Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des VIII. Hauptstückes einschließlich jenen des außerordentlichen Voranschlages angenommen; die Beschlußanträge Hausner und Haim werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Hierauf erstattete Amtsführender Stadtrat Dkfm. Nathschläger den Bericht über die Geschäftsgruppe IX, Wirtschaftsangelegenheiten, zu der im wesentlichen eine große zentrale Einkaufsabteilung, das Beschaffungsamt, die Verwaltung und wirtschaftliche Führung der Schulen, der Liegenschaftsverkehr und die Approvisionierung der Stadt Wien gehören.

Die Aufwärtsentwicklung der österreichischen Wirtschaft brachte eine weitgehende Normalisierung. Nur in einzelnen Warengruppen ist derzeit noch eine gewisse Knappheit, doch wird hoffentlich auch da im heurigen Jahre eine Besserung eintreten. Die Qualität der gelieferten Waren hat sich bedeutend gebessert und kann vielfach als friedensmäßig bezeichnet werden.

Besonderes Augenmerk wurde im vergangenen Jahr der Deckung der einzelnen Verbrauchsstellen mit Textilien zugewendet. Allein auf diesem Sektor wurden ca 25.000 m Wollstoffe, fast 7.000 Decken, ca 21.000 m Leinenstoffe sowie 769.000 m Baumwollstoffe gekauft. Damit ist eine weitgehende Besserung der Verhältnisse besonders in den Spitälern und Wohlfahrtsanstalten der Gemeinde Wien eingetreten. Für das laufende Jahr wird mit der Anschaffung von rund 14.000 m Schafwollstoffen, 3.000 Stück Schafwolldecken und ca 1,1 Millionen m Leinen und Baumwollstoffen gerechnet.

Der Bedarf an Schuhen und Lederwaren wird sich im laufenden Jahr vergrößern, da auf dem Fürsorgesektor mit dem Abklingen der Spendenaktionen zu rechnen ist. Die Beschaffung der notwendigen Brennstoffmengen funktionierte im Jahre 1949 schon fast friedensmäßig. Es gab weder Kälteferien für Schulen oder Betriebseinstellungen bei den städtischen Bädern und Wäschereien, noch Untertemperaturen in Wahlfahrtsanstalten und Ämtern. Die Verwendung ausländischer Kohle wurde weitestgehend eingeschränkt und betrug ca 1/4 des Gesamtbrennstoffverbrauches. Der Gesamtumsatz betrug rund 104.000 t. Hievon entfallen ca 30.000 t auf Inlandkohle und ca 28.000 t auf Auslandkohle. Die Gesamtmenge an Kohle, Koks und Briketts, die der Stadt Wien 1949 zur Verfügung stand, betrug 2,051.000 t, womit der Verbrauch des letzten Vorkriegsjahres um 4,7 % überschritten wurde. Pro Wiener Haushalt entfielen für die Raumheizung im Durchschnitt des Jahres 1945 75 kg, 1949 600 kg. Damit wurde nahezu die friedensmäßige Versorgung erreicht.

Rund 1 Million Schilling wurde für Einrichtungsgegenstände für Erziehungsheime etc., rund 500.000 Schilling für Gartenbänke ausgegeben.

Die städtische Bäckerei deckt rund $\frac{2}{3}$ des Bedarfes der städtischen Wohlfahrtsanstalten.

Das Mineralölreferat führt die Mineralölbewirtschaftung weiter, die im Jahre 1949 beträchtliche Erleichterungen für den Verbraucher gebracht hat. Verteilt wurden u.a. 39 Millionen Liter Benzin, 36 Millionen Liter Dieselkraftstoff usw. Gegenüber 1948 sind die Zuteilungen bei Benzin um 53 %, bei Dieselkraftstoff um 27 % gestiegen. Gasöl und Petroleum wurden ohne Bezugsgenehmigung abgegeben.

Das Hauptwirtschaftsamt ist im Zuge der Aufwärtsentwicklung in unserem Lande aufgelöst worden. Den Beamten und Angestellten muß der herzlichste Dank für die hervorragende Tätigkeit, die sie im Interesse dieser Stadt und ihrer Bevölkerung verrichtet haben, ausgesprochen werden. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Dem Liegenschaftsamt obliegt die gesamte Grundstücksgebarung der Gemeinde Wien. Es hat den erforderlichen Boden für die zahlreichen Bauvorhaben der Gemeindeverwaltung zu beschaffen und auch den ausgedehnten Grundbesitz in und außerhalb Wiens zu verwalten. Es handelt sich um insgesamt 44.900 Hektar. Es gehört dazu auch die gesamte Verwaltung der Pachtgrundstücke, sowie zahlreiche Gastwirtschaften, wie z.B. Kursalon, Kobenzl, Rathauskeller usw. Das Liegenschaftsamt wird im Sinne einer zielstrebigen sozialen Bodenpolitik geführt.

Es konnten im Vorjahr größere Transaktionen abgeschlossen werden. Davon sind jene mit dem Chorherrenstift Klosterneuburg, mit Georg Drasche-Wartinberg, mit der Brauerei Schwechat und der Kauf des Barackenlagers Auhof hervorzuheben.

In besonderer Weise wird das Liegenschaftsamt noch immer mit Rückstellungsverhandlungen beschäftigt, die meistens zu Rückstellungsvergleichen führen, während Rückstellungsanträge zu Gunsten der Stadt Wien bisher wenig Erfolg hatten, weil es sich dabei vorwiegend um Deutsches Eigentum handelt. In diesem Zusammenhang sei beispielsweise auf die noch schwebende Frage der Rückgabe von 6 Schulen seitens des Bundes hingewiesen, die von den

Nationalsozialisten seinerzeit in Kreisgebäude umgewandelt und vom Bund bisher nicht zurückgestellt wurden, wenn auch die geführten Verhandlungen der letzten Zeit zu einer gewissen Annäherung geführt haben.

Besonders freudig kann die Einrichtung des Pötzleinsdorfer Schlosses als Jugendherberge begrüßt werden.

Größere Liegenschaftsverhandlungen werden im heurigen Jahr mit dem Bund geführt werden.

Die Bestimmungen der Bauordnung, die in bestimmten Fällen auch die Enteignung von Grund und Boden unter gewissen Voraussetzungen vorsehen, werden unter Einhaltung sozialer Grundsätze gehandhabt werden. Der Redner unterstreicht für seine Fraktion die Bautätigkeit der Gemeinde Wien und erklärt, daß sie vom Liegenschaftsamt in jeder Weise unterstützt werden wird. Er stellt fest, daß mit Bodenspekulanten in Wien noch niemals verhandelt wurde, sondern daß der Grund und Boden immer zu erträglichen Preisen gekauft wurde. Auf die Anfrage des GR. Maller über die oft nicht zweckentsprechende Verwendung von Lagerplätzen erklärt StR. Nathschläger, daß diese größtenteils vermietet sind und den Bestimmungen des Mieterschutzes unterliegen. Die Kündigung eines solchen Lagerplatzes ist oft mit den größten Schwierigkeiten verbunden.

Die Volks-, Haupt- und Sonderschulen stehen in der Verwaltung der Magistratsabteilung 55. Es waren dies im Jahre 1949 in Groß-Wien insgesamt 437 Schulgebäude. Für Unterrichtszwecke waren 359 Schulen in Verwendung, 7 sind von den Besatzungsmächten in Anspruch genommen, 10 werden zur Unterbringung von Flüchtlingen verwendet und die übrigen Schulen dienen sonstigen Zwecken oder sind infolge ihres Bauzustandes nicht benützbar. Die Schüleranzahl der Wiener Volks-, Haupt-, Hilfs- und Sonderschulen ist ständig im Steigen. Sie betrug im Schuljahr 1948/49 126.535 und zu Beginn des Schuljahres 1949/50 136.700 Schüler. Durch die Freimachung von Schulen, bzw. Klassenzimmern konnte der Wechselunterricht von 32 Prozent im Jahre 1948 auf 25.8 Prozent im Jahre 1949 herabgesetzt werden.

Vier Schulbauten wurden neu errichtet und zwar in der Per-Albin-Hansson-Siedlung, am Wolfersberg, in Leopoldau-Nordrandsiedlung und in Siebenhirten. Ein Schulneubau wurde in Gunt-ramsdorf begonnen.

Im heurigen Programm sind Schulneubauten im 4. Bezirk, Schäffergasse 3, sowie im 21. Bezirk, Kagran, Hirschstetten, vorgesehen. Nach Kriegsschäden sollen die Schulen im 20. Bezirk, Leystraße 34-36, und Klosterneuburg, Hermannstraße 11, instand-gesetzt werden.

An Inventar werden u. a. 250 komplette Klasseneinrichtun-gen angeschafft.

Das Pädagogische Institut kann auf eine steigende Anzahl der Vortragenden sowie der Hörer hinweisen.

Die Pädagogische Zentralbücherei, die der Lehrerfort-bildung dient, erfreut sich regen Zuspruchs. Der Bücher- und Zeitschriftenstand konnte im Vorjahr um 2.510 vermehrt werden. Für die Neuanschaffung von Büchern im heurigen Jahr sind 10.000 Schilling vorgesehen.

Die Verwaltung der 35 Berufs- und 7 Wirtschaftsschulen, sowie der 3 Handelsakademien und 4 Lehranstalten für hauswirt-schaftliche und gewerbliche Frauenberufe obliegt der Magistrats-abteilung 56. Leider ist die Schüleranzahl gegenüber dem Vor-jahr in diesen Schulen etwas gesunken.

Für bauliche Investitionen und für die Behebung von Kriegsschäden in den Berufsschulgebäuden wurden im Jahre 1949 1,400.000 Schilling aufgewendet. Die städtische Uhrmacherwerk-stätte wurde vollkommen wiederinstandgesetzt und erweitert. Ferner wurde eine Färberlehrwerkstätte eingerichtet. Für den Zu-bau zur Baugewerbeschule in Kagran wurden im Jahre 1949 rund 1,1 Millionen Schilling aufgewendet. Mit ihrer Fertigstellung ist heuer zu rechnen.

Die vier städtischen Lehranstalten für hauswirtschaft-liche und gewerbliche Frauenberufe sind mit ihren Zweigstellen in fünf Gebäuden untergebracht. Bei diesen Lehranstalten und auch bei den Handelsakademien und kaufmännischen Wirtschafts-schulen ist ein 12 bis 15-prozentiger Schülerabgang eingetreten. Bloß die Abiturientenkurse der Handelsakademien weisen eine um 50 Prozent erhöhte Besucherzahl auf.

Eine Reihe von Klassenzimmern und besonders die Turnsäle der meisten Volks- und Hauptschulen stehen in Benützung verschiedener Vereine und sportlicher Organisationen.

Die Gumpoldskirchner Wein- und Obstbauschule wird von 30 Schülern besucht. Das Ergebnis der Traubenlese im Jahr 1949 waren 266 Hektoliter, gegenüber 260 Hektoliter im Jahr 1948.

Die stärker werdende Beschickung der Märkte macht deren forcierte Instandsetzung und den Wiederaufbau dringend erforderlich. Die Zerstörungen des Zentralviehmarktes konnten zum Teil behoben werden. Große Teile sind auch noch von den Besatzungsmächten besetzt. Nach der Umgestaltung des Dornermarktes im 17. Bezirk, der Verlegung des Mortaramarktes und der Neugestaltung des Hannover Marktes im 20. Bezirk werden die Wiener Märkte wieder ein friedensmäßiges Bild zeigen. Es wird auch erwogen, einen Blumengroßmarkt neben dem Matzleinsdorfer Heumarkt zu errichten.

Dem Marktamt obliegt besonders die Überwachung der Einhaltung der noch bestehenden amtlichen Höchstpreise. Das vergangene Jahr brachte aber eine weitgehende Lockerung fast aller Bewirtschaftungsmaßnahmen, vielfach sogar eine völlige Freigabe der Lebensmittel. Zugleich wurden auch die Preisregelungsvorschriften gelockert oder aufgehoben. Dkfm.Nathschläger betonte jedoch, daß er die Marktamtsorgane angewiesen habe, alles zu tun, um dafür zu sorgen, daß die sinkende Tendenz bei den Lebensmittelpreisen weiter anhält. Von besonderer Wichtigkeit erscheint auch die zeitgerechte Beeinflussung der Preisbildung durch billige Importe. Eine vollkommene Änderung der Verhältnisse ist auf dem Fleischsektor eingetreten. Bis Ende März 1949 konnte der Fleischaufwurf oft nur durch Ausgabe von Pferdefleischkonserven gedeckt werden. Erst ab November des Vorjahres konnten die aufgerufenen Mengen voll ausgegeben werden. Die günstige Fleischbelieferung wird auch in den kommenden Monaten bei Anhalten der Importe und bei entsprechender Lieferung aus dem Inland anhalten. Bei vorübergehenden Stockungen wird Gefrierfleisch ausgegeben werden. Die Vorräte sind derzeit so groß, daß sie alle verfügbaren Flächen in Anspruch nehmen.

Durch die Kontrolltätigkeit des Marktamtes wurden im vergangenen Jahr 30.119 Proben von Lebensmitteln untersucht, ferner 19.450 Milchuntersuchungen, 6.392 Untersuchungen von Alkohol u. dgl., 3.500 Wurst- und 769 Brotuntersuchungen.

Der Prozentsatz der Beanstandungen hat sich gegenüber den Jahren der größten wirtschaftlichen Not wesentlich gebessert. Im Jahr 1949 wurden vom Marktamt insgesamt 2.834 Anzeigen wegen Zuwiderhandlung gegen das Bedarfsdeckungsstrafgesetz und gegen sonstige Preisvorschriften erstattet.

Der Magistratsabteilung 60 unterstehen folgende, der Fleischapprovisionnement dienenden Anlagen: der Rinderschlachthof St. Marx, der Schweineschlachthof St. Marx, die Wiener Kontumazanlage, der Zentralviehmarkt St. Marx, der Pferdeschlachthof in Meidling, die Tierkörperverwertungsanstalt und thermochemische Fabrik sowie der Freibankkiosk auf dem Columbusplatz. Alle diese Anlagen haben schwere Kriegsschäden erlitten; zu deren Behebung im Jahr 1950 werden insgesamt 6 Millionen Schilling verwendet. Dadurch wird es heuer ohne weiteres möglich sein, allen Anforderungen genau so wie vor dem Kriege gerecht zu werden.

Durch die Möglichkeit des ungehinderten Einkaufes von Lebvieh wird der Viehverkehr zweifellos günstig beeinflusst. Auch der Auftrieb auf dem Viehmarkt kann einer Verstärkung durch erhöhte ausländische und inländische Lieferungen entgegensehen. Zur Illustration der großen Veränderungen auf diesem Gebiet führte der Referent einige Zahlen an. Im vergangenen Jahr wurden in den städtischen Schlachthöfen, 22.381 Rinder, 518 Kälber, 8.737 Pferde und 16.890 Schweine geschlachtet und beschaut. Demgegenüber stehen nur für die ersten zweieinhalb Monate folgende Ziffern: 9.377 Rinder, 101 Kälber, 2.145 Pferde und 19.783 Schweine.

Als letztes der kriegswirtschaftlichen Ämter besteht noch das Landesernährungsamt. Auch sein Bestand wird voraussichtlich nur von kurzer Dauer sein.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger nahm die Gelegenheit wahr, um den hunderten Beamten und Angestellten des Ernährungsamtes und der Kartenstellen den herzlichsten Dank für ihre in den abgelauenen Jahren geleistete Arbeit auszusprechen. Heute werden die kriegswirtschaftlichen Ämter als ein notwendiges Übel empfunden. Dabei vergißt man aber ganz, daß ohne sie ein Leben in den härtesten Jahren gar nicht denkbar gewesen wäre.

Es ist daher angebracht, gerade diesen Menschen Anerkennung zu zollen und bei den unvermeidlichen Reduzierungsmaßnahmen mit ihnen auch so zu verfahren, wie sie es im Hinblick auf ihre hervorragenden Leistungen auch verdienen. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Referent gedachte auch der Zusammenarbeit seiner Ämter mit den verschiedenen Bundesstellen, bei denen stets Unterstützung und Hilfe zu finden war. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Abschließend sagte Stadtrat Dkfm. Nathschläger: In dem großen Konzept des dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorliegenden Budgets spielt meine Geschäftsgruppe sicherlich nicht jene Rolle wie andere große Gruppen. Nichtsdestoweniger sind auch in den Ansätzen der Geschäftsgruppe IX insgesamt 33.3 Millionen Schilling für bauliche Investitionen und Inventarschaffungen vorgesehen. Ein Betrag, der, gemessen an der Gesamtausgabenziffer dieser Gruppe, immerhin die Höhe von 29.5 % erreicht. Er forderte seine Mitarbeiter auf, im fortschrittlichen und modernen Geist fernab von jeder kleinlichen Einstellung den großen Aufgaben der Stadt gerecht zu werden. (Starker Beifall bei ÖVP, SPÖ und WdU.)

GR. Dipl. Ing. Haider (WdU) regt an, es möge getrachtet werden, daß die Vergleiche in den Rückstellungsprozessen dahin gehen, daß Grundstücke oder Realitäten im Besitz der Gemeinde bleiben und nicht, wie es oft geschieht, in ausländischen Besitz übergehen. Viele Objekte wurden seinerzeit im öffentlichen Interesse, zur Berichtigung der Baulinienführung, zu Arrondierungszwecken u.ä. von der Gemeinde erworben. Wenn nunmehr durch Vergleiche solche Objekte an die Rückstellungsberechtigten vielfach im Ausland zurückgegeben werden, besteht die Gefahr, daß die Gemeinde Wien wieder Grundstücke oder Realitäten teurerer und in einem komplizierteren Verfahren als seinerzeit erwerben muß. Redner ersucht, bei der in Aussicht stehenden Novellierung des Rückstellungsgesetzes die Gemeinde Wien als Rückstellungsbetroffene zu berücksichtigen, um ihr diese Objekte zu erhalten.

GR. Dr. Matejka (Linksblock) zählt die Reihe von Gesetzen auf, die bisher geschaffen wurden, um der Gemeinde Wien Baugründe zu verschaffen und die alle nicht funktionieren. Dies sei ein Gebiet, auf dem es sich zeigen werde, ob wirklich die ernste Absicht bestehe, eine gesunde Entwicklung zur Erwerbung von Baugrund zu legen.

Was geschieht wirklich, um Grund und Boden von denen zu erhalten, die ihn besitzen. Dr. Karl Kummer, ein bekannter Sozialpolitiker, setzte sich in zwei gründlichen Artikeln im "Tiroler Volksboten" mit dieser Frage auseinander und richtete einen sehr eindringlichen Appell an die Besitzenden, dieser Frage gerade anläßlich des Heiligen Jahres ein besonderes Augenmerk zu schenken. Er stellte an den Ausgangspunkt seiner Ausführungen den Grundsatz des Kirchenvaters Augustinus: Man besitzt fremdes Gut, wenn man Überflüssiges besitzt! Dieser Grundsatz ist auch der Grundsatz des Linksblocks, und diejenigen, die ihn bisher mißachtet haben, werden gezwungen werden, sich zu diesem Grundsatz in kürzester Zeit zu bekehren. In dem Artikel heißt es unter Bezug auf die Wiener Verhältnisse weiter: "Stifte und Klöster haben in Wien noch Baugründe genug, und es würde nur des Entschlusses bedürfen, um diese den baufreudigen Siedlern zu einem billigen Preis abzugeben. Gerade in dieser Frage hat man oft den Eindruck als ob sich niemand zu dem entscheidenden Schritt entschließen könnte. Auf was warten die Maßgeblichen?"

Die Maßgeblichen, fährt der Redner fort, befinden sich unter dem ÖVP-Protectorat. Der Artikel Dr. Kummers ist eine von zahlreichen Stimmen aus den Reihen der ÖVP, die durch den politischen Katholizismus immer wieder kalt gemacht werden.

Für wieviele Wohnungen, beziehungsweise soziale Wohnhausbauten hat die Gemeinde Wien noch Bauplätze? Es genügt nicht, gerade noch für das Baujahr über Flächen zu verfügen, auch nicht, nur über jene Flächen zu verfügen, die gerade aus irgendwelchen zufälligen Gründen im Gemeindebesitz sind. Das soziale Wohnbauprogramm muß sich organisch in die gesamte Planung einfügen. Dazu bedarf es der richtigen Baugründe und nicht solcher, wie sie sich gerade zufällig aus irgendwelchen Gründen der Bodenpolitik der früheren Zeit ergeben haben. Das Liegenschaftsamt ist eine Art Diener des gesamtstädtischen Planungsbestrebens und der Wohnbaupolitik der Stadt Wien. Der oberste Stadtplaner muß ein Grundpolitikkämpfer im positiven Sinne sein und nach sozialen, wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten die Stadtplanung nach allen Seiten betreiben.

Die letzten Jahre legen nicht Zeugnis von einer vorausschauenden Bodenpolitik ab. Das Tempo war schleppend. Es wurden die Möglichkeiten der Grundenteignung verpaßt, um Grundstücke zu einer Zeit zu erwerben, als es noch Stopppreise gab. Die für diese Zwecke im Budget vorgesehenen Mittel werden illusorisch, wenn man das Geschrei von der freien Wirtschaft hört, in der Angebot und Nachfrage die Regulatoren sein sollen. Es wird verlangt, mit der privilegierten Schichte der Grundbesitzer solle schonend umgegangen werden. Man werde trachten müssen, einen Ausgleich ohne soziale Härten zu finden, und dergleichen mehr. Den Grundbesitzern gegenüber wird die allernächste Zeit aber nicht recht geben, denn hier wird es zu keinem Vergleich kommen. In der Vergangenheit wäre wiederholt Gelegenheit gewesen, rechtzeitig vom Überfluß herzugeben, aber niemand hat Wesentliches von selbst rechtzeitig hergegeben. In der Weltgeschichte und somit auch in der Geschichte der Stadt Wien wird eine Lösung dieser Frage zuletzt nicht anders möglich sein als durch revolutionäre Eingriffe. Davon wird niemand verschont werden, hoffentlich in nicht allzu ferner Zeit. Mit Almosenpolitik kommen wir hier nicht weiter. Dieses Kapitel zeigt uns, welcher Ungeist und Rückschrittsgeist in diesem Haus vorhanden ist. Bei allem, was man noch loben könnte, ist das Entscheidende, daß dieser Rückschrittsgeist gerade dort vorhanden ist, wo es sich darum handelt, daß die Menschen von dem freiwillig abgeben, was sie im Überfluß haben. Meine Fraktion wird schon deswegen nicht für dieses Kapitel stimmen, weil es in keiner Weise die Aufschrift des heiligen Augustinus trägt: Man besitzt fremdes Gut, wenn man überflüssiges besitzt!

GR. Dr. Soswinski (Linksblock) verweist gegenüber dem Bericht von Stadtrat Dkfm. Nathschläger auf Ausführungen des Präsidenten des Wiener Stadtschulrates und erklärt, daß er daraus eine Steigerung der Klassen mit Wechselunterricht sehe. Er könne daher die Ausführungen des Amtsführenden Stadtrates nicht für richtig halten. Auch der Grad der Unsicherheit, daß die Schulklassen überhaupt instandgesetzt werden, ist weitaus größer als im vergangenen Jahr. Es kann hier von einem Plan bestimmt keine Rede sein.

Der Redner bemängelt weiter, daß sich die Schulklassen gerade durch den Wechselunterricht oft in sehr unreinem Zustand befinden, so daß sie bei jedem Wechsel gereinigt werden müßten. Ferner kritisiert er, daß bei der Wiederherstellung bombenbeschädigter Schulen die alte Form beibehalten wird, so daß wieder kein fließendes Wasser, keine entsprechenden Kleiderablagen usw. vorhanden sind.

Beim Fortbildungsschulwesen soll man nicht Angehörige verschiedener Gewerbe in einer Schulklasse unterrichten, weil dann das Lehrziel nicht erreicht werden kann. Wenn der Jahrgang 1938 der normalen Schule entwachsen sein wird, müßten 48.000 Schüler in die Fortbildungsschulen kommen - wenn diese schulentlassene Jugend Lehrstellen bekommen würde. Wenn man schon so viel von Planung spricht, dann müßte man auch einen Plan aufstellen, wie man der schulentwachsenen Jugend Lehrwerkstätten zur Verfügung stellen kann. Es wäre eine unbedingte Notwendigkeit, womöglich schon im nächsten Jahr Lehrwerkstätten für Damenschneiderinnen, Wäscheschneiderinnen und für Hauswirtschaft zu errichten.

Der Redner bezeichnet es als eine völlig unsoziale Handlungsweise, daß die Lehrlinge seit kurzem in den Fortbildungsschulen nicht nur die Rohstoffe, sondern auch noch 30 Prozent dieses Rohstoffes als Unkostenbeitrag zur Verfügung stellen müssen.

Was die Frage der Subventionen anlangt, wäre nur zu wünschen, daß der Herr Amtsführende Stadtrat auch danach sieht, daß sie eine zweckentsprechende Verwendung finden.

Unter Beziehung auf in der letzten Debatte angestellte Vergleiche mit dem Ausland zeigt der Redner die großen Fortschritte beim Wiederaufbau von kriegszerstörten Schulen in Budapest auf und erklärt: Wir sind der Meinung, daß man sich bei Schulbauten weniger mit Projekten und mehr mit Plänen beschäftigen muß. Es genügt auch nicht, wenn man sagt, daß man 5 Jahre geplant hat, wenn dann weder die Baugründe noch die finanziellen Mittel vorhanden sind. Darum sind wir der Meinung, daß auch dieser Teil der Budgetansätze unzureichend ist, um den Bedürfnissen der Bevölkerung Genüge zu tun.

GR.Römer (ÖVP) teilt mit, daß sich das Landesgremium für Alt- und Abfallstoffe beschwert hat, weil sich das Beschaffungsamt beim Verkauf von Altmaterial immer nur einer kleinen Gruppe von Personen bedient. Der Redner ersucht, beim Abverkauf von Altmaterial breiteste Kreise der Wirtschaft zu beschäftigen. Je größer die Zahl derjenigen ist, die zu Aufträgen herangezogen werden, umso größer ist die Konkurrenz und umso größer daher auch die Möglichkeit, mit dem geringsten Aufwand das Größtmögliche zu erzielen.

Der Redner richtet an alle zuständigen Stellen die Bitte, bei größeren Arbeitsvergebungen die wirtschaftlichen Zusammenschlüsse der Wirtschaftsgenossenschaften heranzuziehen. Es soll damit auch den kleinen und mittleren Gewerbetreibenden die Möglichkeit gegeben werden, sich an diesen Arbeiten zu beteiligen. Sie könnten damit ihren Arbeitskräften die Vollbeschäftigung sichern. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum Kapitel Liegenschaftsamt stellt der Redner fest, daß der ausgeworfene Betrag von 7.8 Millionen Schilling sehr gering ist. Er wird für die großen Aufgaben, die die Planung von Wohnbauten verursachen, nicht ausreichen. Er richtet daher an Stadtrat Resch die dringende Bitte, durch die Bereitstellung von Mitteln die Möglichkeit zu geben, bei günstigen Ankäufen von Liegenschaften zugreifen zu können.

Der Redner begrüßt die große Anzahl der Lehrpersonen, die das Pädagogische Institut zur Vervollkommnung ihres Wissens besuchen. Es wäre zu wünschen, daß die Mittel für diese Einrichtung erhöht würden. Den selben Wunsch äußert er auch im Bezug auf die Pädagogischen Zentralbüchereien. Die Zahl der dort vorhandenen wissenschaftlichen Werke ist leider nicht groß genug, um 2.000 Lehrern die Möglichkeit zu geben, sich die nötigen Unterlagen für ihre Ausbildung zu verschaffen.

Der Redner kommt dann auf den Mangel an Schulen und Klassenzimmern zu sprechen. Während die Schüleranzahl heuer 137.000 ist, wird sie in Jahr 1950/51 146.000, 1951/52 147.000 und 1952/53 149.000 erreichen. Erst in den Jahren 1953/54 ist mit einem Rückgang auf ungefähr 144.000 Schüler zu rechnen. GR.Römer ist es in diesem Zusammenhang unverständlich, daß die Schulen an Antonsplatz und die in der Uhlandgasse demoliert werden sollen.

Er gibt zu bedenken, wenn die Schulen auch vielfach überaltert oder andere wieder kriegszerstört sind, doch ihr Aufbau weniger kosten würde, als der einer neuen Schule. Es sind dort ja die Grundmauern und die Kanalisation und auch Wasserzuleitungen vorhanden. Der Redner weist darauf hin, daß durch den Wechselunterricht in den Schulen die Infektionsgefahr sehr groß ist. Auch an die Alliierten müßte appelliert werden, damit diese endlich die für uns so notwendigen Schulen freigeben.

GR. Römer erörtert die 55 Privatschulen, die von über 11.000 Kindern in Wien besucht werden. Diese Schulen nehmen der Gemeinde Wien große Lasten ab. Er regt daher an, auch diesen Schulen Lehrmittel zur Verfügung zu stellen.

Der Redner begrüßt sodann die Errichtung der Schule für hauswirtschaftliche und gewerbliche Frauenberufe in der Dörfelstraße und die Bereitstellung von 1.4 Millionen Schilling für die Behebung der Kriegsschäden an den Fachschulen.

Der Redner begrüßte die projektierte Herstellung eines Blumengroßmarktes am Matzleinsdorfer Platz, weil dadurch die Möglichkeit gegeben ist, Menschen Arbeit und Brot zu schaffen und außerdem dadurch auch Devisen hereingebracht werden.

Zum Abschluß seiner Ausführungen brachte GR. Römer zwei Anträge ein. Der eine, der von Gemeinderat Dr. Prutscher angeregt wurde, verlangt unabhängig von einem etwa laufenden Strafverfahren gegen Pfuscher mit der Sperre des Betriebes vorzugehen. Der Redner führte dazu aus, daß heute nicht nur Einzelfälle auftreten, sondern in zahlreichen Fällen in oder nach der regulären Arbeitszeit eine größere Zahl von Arbeitskräften beschäftigt, für die keine Steuern geleistet werden. Auch die Pfuschei in öffentlichen Werkstätten wird beobachtet. Es liegt im Interesse der Allgemeinheit, daß die Betriebe ihren sozialen Verpflichtungen nachkommen. Durch die Überlastung der Gerichte dauert es aber oft Jahre bis ein Urteil zustande kommt. Da die Möglichkeit eines Einschreitens im Verwaltungswege besteht, wird der Amtsführende Stadtrat gebeten, im Sinne des Antrages einzuschreiten.

Der zweite Antrag verlangt die Einstellung einer entsprechenden Anzahl von Tierärzten im Hinblick auf die gesteigerten Aufgaben des Veterinärarnotes.

Schließlich stellte der Redner mit Genugtuung fest, daß man auch für die Geschäftsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten dem Zustand der Normalisierung bedeutend näher gekommen ist. Er sprach allen, die dazu beigetragen und mitgeholfen haben, seinen Dank aus. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

GR. Stemmer (SPÖ) begrüßte eingangs mit Genugtuung, daß Stadtrat Nathschläger seine Bereitwilligkeit ausgedrückt hat, das Grundenteignungsgesetz gegebenenfalls anzuwenden. Er nahm in diesem Zusammenhang gegen einen vor wenigen Wochen in der "Hausherrenzeitung" erschienenen Artikel Stellung, in dem es hieß, das Handelsministerium bedauert, daß die Bundesregierung gegen dieses Wiener Landesgesetz, keinen Einspruch erhoben hat. Er gab zu überlegen, ob ein Ministerium das Recht hat, eine Stellungnahme der Regierung mit Bedauern zu kritisieren und verurteilte besonders, daß die Redaktion dieser Zeitung den von diesem Gesetz Betroffenen empfiehlt, zum Verfassungsgerichtshof zu gehen.

Im folgenden ging der Redner näher auf verschiedene Schulfragen ein. Er betonte, es dürfe niemand glauben, daß das Schulwesen ein produktiver Aufwand wie irgendeine andere Aufwendung sei. Es ist nicht so, daß man hier Geld hineinsteckt und es auf der anderen Seite sofort als Wert wieder herausbekommt. Aber ideelle Aufwendungen seien nicht minder wichtig.

Das Schulbudget hat eine Steigerung um 16.2 Prozent erfahren. Die Schülerzahl ist jedoch nur um 8.4 Prozent gestiegen. Die Ansätze haben also die Erhöhung der Schülerzahl weit überschritten. Seiner Ansicht nach können jedoch die Ansätze für das Schulwesen gar nicht genug hoch sein.

Der Redner beschäftigte sich dann näher mit dem Gesamtaufwand für die Schulen. Der Sachaufwand ist dreimal so hoch wie der Personalaufwand, der zur Zeit nur für die Schulverwaltung, die Schulwarte und zu einem Teil für die Berufsschullehrer von der Gemeinde Wien getragen wird. Alle anderen Personalkosten trägt zur Zeit noch der Bund. 21.8 Millionen, das sind 2/3 des Sachaufwandes für das Schulwesen, sind für Bauvorhaben und Instandsetzungen vorgesehen. Es sei zwar wenig im Vergleich zu dem was notwendig wäre, doch betonte GR. Stemmer, daß man die Tatsachen reell sehen müsse. Gleichzeitig warnte er davor, daß man mit Rücksicht auf die später zurückgehende Schülerzahl mit den Instandsetzungen und Neuherstellungen aufhören könnte.

Zu den Ausführungen von GR.Dr.Soswinski, daß der Wechselunterricht gestiegen sei, stellte der Redner fest, daß Dr.Soswinski hier einem Irrtum unterliegt. Vor Schulbeginn hat man angenommen, daß im heurigen Schuljahr 141.000 Schüler die Wiener Schulen besuchen werden. Es waren aber dann nur 136.000. Die Ursache dafür liegt unter anderem darin, daß viele Schüler, die sonst in die Hauptschule gegangen wären, in die Mittelschulen abgewandert sind. Tatsächlich ist der Wechselunterricht von 33 Prozent auf 24.4 Prozent zurückgegangen.

Als besonders notwendig im Schulwesen bezeichnete GR.Stemmer den weiteren Bau von Hauptschulen, weil dort die Schülerzahl steigt. Man dürfe nicht glauben, daß Volks- und Hauptschulen das gleiche sind. Die Hauptschulen erfordern ein größeres Ausmaß von Nebenräumen für den fachlichen Unterricht, vor allem Laboratorien und Arbeitssäle.

GR.Dr.Stemmer unterstrich auch die Bedeutung der schulpsychologischen Untersuchungsstelle, die seit längerer Zeit in Wien besteht, die aber in unzulänglichen Räumen untergebracht ist. Diese Stelle verrichtet eine ungeheure Arbeitsleistung. Dort kommen die Eltern mit ihren oft sehr schwierigen Kindern hin; die Kinder werden dort psychologisch untersucht und die Eltern bekommen die notwendigen Ratschläge. Der Ausbau dieser wichtigen Einrichtung und eine entsprechende Unterbringung wäre sehr notwendig.

Im Zusammenhang mit den Dankesworten, die Stadtrat Dkfm. Nathschläger den Beamten und Bediensteten der kriegswirtschaftlichen Ämter ausgesprochen hat, erinnerte der Redner, daß es zuerst vor allem die Lehrer waren, die außerhalb ihrer Arbeitszeit in den Kartenstellen Dienst gemacht haben. Es sei überhaupt eine Tatsache, wenn es eine außertourliche Arbeit zu leisten gibt, dann findet man sehr leicht den Weg zu den Lehrern. GR.Dr.Stemmer benützte daher die Gelegenheit, allen Lehrern für diese schwere Arbeit den Dank auszusprechen. (Lebhafter Beifall.)

Der Redner wies auch auf die großen Leistungen der Schulgemeinden in den Berufsschulen hin. Er betonte, daß sich Fachleute aus dem Unterrichtsministerium wiederholt bei den Veranstaltungen der Schulgemeinde äußerst lobend über die Disziplin ausgesprochen haben.

Zu der Forderung der ÖVP, auch den Schülern in den Privatschulen die Lernmittel kostenlos zu überlassen, zitierte der Redner das Reichsvolksschulgesetz. Darin heißt es: "Eltern, welche ihre Kinder zu Hause oder in einer Privatschule unterrichten lassen, sind wohl vom Schulgeld, nicht aber von anderen gesetzlichen Schullasten befreit." Er betonte ferner, daß die Fragen der Schulgesetzgebung in den letzten Jahren vor allem deswegen so stockend weitergegangen sind, weil Fragen von Privatschulen und weltanschauliche Fragen in den Vordergrund gerückt wurden. Er ersuchte schließlich, da die Beratungen über die Schulfragen nun wieder aufgenommen werden sollen, die künftigen Verhandlungen nicht schon von vornherein durch das Hineintragen neuer Probleme weiter zu komplizieren.

Schließlich wies GR.Dr.Stemmer darauf hin, daß die Eltern in den Elternvereinen freiwillig für das Schulwesen mehr als 781.000 S in knapp zwei Jahren beigetragen haben. Dieser Betrag kommt natürlich im offiziellen Budget nicht vor, weil es sich um Spenden der Eltern an die einzelnen Schulen handelt. Des weiteren wies der Redner auf verschiedene in letzter Zeit durchgeführten Sammlungen in den Schulen hin, wie z.B. für Dr.Hass, für das Sonnblick-Observatorium, für den Stephansdom usw. Diese Sammlungen können nur die Bedeutung haben, die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen, daß hier Verpflichtungen der Allgemeinheit vorliegen.

Im übrigen gab GR.Dr.Stemmer im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen des IX.Hauptstückes. (Beifall bei der SPÖ.)

Amtsführender Stadtrat Nathschläger betont in seinem Schlußwort gegenüber dem GR.Dipl.Ing.Haider, seinem Verlangen stünden die Rückstellungsgesetze entgegen, die die Gemeinde Wien meistens in Nachteil setzten. Dem GR.Dr.Matejka, dessen Verlangen im wesentlichen dahingegangen sei, die Bestimmungen betreffend die Enteignung in die Praxis umzusetzen, entgegnet er: In kommunistischer Weise wird dieses Problem hier nicht gelöst werden, auch nicht auf revolutionärem Wege. Wir stehen hier auf dem Standpunkte der Evolution, und in diesem Sinne werden wir es zu lösen versuchen. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Sowohl für das Jahr 1950 als auch für das Jahr 1951 sind genügend Grundstücke vorhanden, um die Bauausführungen der Gemeinde Wien ohne Schwierigkeiten durchführen zu können. Die sicherlich geringfügigen Mittel für den Ankauf von Grundstücken werden im Laufe des Jahres eine Erhöhung erfahren müssen.

Bei der Bildung neuer Schulklassen dürfe man sich nicht von der momentan steigenden Schülerzahl leiten lassen, da wieder eine gegenteilige Bewegung eintreten werde. Der Rückgang der Schüler in den Fortbildungsschulen geht nicht auf den Mangel an Lehrstellen zurück, sondern es handle sich nur um schwächere Jahrgänge. Die Verhandlungen über die Errichtung einer Fortbildungsklasse für Köche werden in der nächsten Zeit wieder aufgenommen werden.

Es wurde behauptet, daß in Budapest mehr Schulen als bei uns gebaut werden. Da dort im Vergleich zum Gesamtbudget weniger für den Wohnungsbau eingesetzt ist als bei uns, steht mehr für Schulbauten zur Verfügung. In erster Linie stehen aber in der Befriedigung der Bedürfnisse Kleidung, Nahrungsmittel und Wohnungen.

Von den Alliierten sind derzeit noch insgesamt 7 Schulen besetzt, und zwar von den Amerikanern 3, von den Russen 3 und von den Engländern eine halbe. Hinsichtlich der Veranstaltungen von Schulgemeinden werde strenge darauf gesehen werden, daß nur schuleigene Leute diese besuchen.

Die Schlachtstätten, die das Stichrecht bisher gehabt haben, sollen auf ihre sanitären Voraussetzungen untersucht und erst dann soll erneut das Stichrecht gegeben werden. Die Tendenz geht aber dahin, daß die Schlachthöfe der Gemeinde Wien, die für eine zentrale Schlachtung vorgesehen sind, mehr als bisher in Anspruch genommen werden. Der Stand der Tierärzte ist weit unter dem Stand von 1938.

Die beiden Anträge Römer (Pfuscherbekämpfung und Einstellung von Tierärzten) empfiehlt der Berichterstatter der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Geschäftsgruppe IX: Wirtschaftsangelegenheiten, unverändert angenommen; die beiden Anträge der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Hierauf wird in die Beratung der Geschäftsgruppe X, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, eingegangen.

Amtsführender Stadtrat Afritsch verweist einleitend darauf, daß viele Aufgabengebiete dieser Verwaltungsgruppe mit der Normalisierung der Verhältnisse stark eingeschränkt werden.

Über die Kriegsgefangenenfürsorge bringt er folgende Zahlen: Laut Aufzeichnung des Amtes der Wiener Landesregierung stehen noch 949 nach Wien gehörige Kriegsgefangene mit ihren Verwandten in Verbindung, und zwar in Albanien 10, Polen 10, Jugoslawien 129 und Rußland 800. Ab 1.8.1945 sind in Wien eingetroffen und wurden betreut 205.081 Kriegsgefangene, davon 83.818 Wiener. Seit 1.9.1947 wurden aus der Sowjetunion 55 Transporte, aus Jugoslawien 20 Transporte, aus Frankreich 1 Transport und aus Polen 9 Gruppen rückgeführt. Insgesamt wurden in dieser Zeit 26.644 Heimkehrer betreut, davon 17.200 Wiener. 1949 sind in Wien 5.845 Heimkehrer eingetroffen, davon 1.714 Wiener. In den Jahren 1947 bis 1949 wurden von der Gemeinde Wien für Kriegsgefangene und Heimkehrer insgesamt 5,4 Millionen Schilling ausgegeben. Es wurden 230.000 Stück Bekleidung, 667.000 Zigaretten, 120.000 kg Lebensmittel, 11.000 kg Kohle, 55.000 Stück Bedarfsartikel abgegeben, 1.187 Landaufenthalte gewährt und 4.912 Kriegsgefangenenpakete abgesendet. Stadtrat Afritsch dankte allen, die mitgeholfen und gespendet haben, um die Kriegsgefangenen und Heimkehrer zu betreuen, auf das herzlichste. (Allgemeiner Beifall)

Der Stadtrat wendet sich sodann der Besprechung des Bevölkerungswesens zu. Ende 1948 hatte Wien eine Bevölkerung von 1.744.036 Personen, Ende 1949 1.769.381; das ergibt für das Jahr 1949 eine Bevölkerungszunahme von 25.345. Bei Gegenüberstellung der Statistik von Geburten und Sterbefällen ist ein Abgang von 8.107 Personen, so daß ein Wanderungsgewinn aus dem In- und Ausland, einschließlich der Flüchtlinge von 33.452 festzustellen ist.

Im Jahre 1948 waren 43 Prozent der Wiener Bevölkerung männlich und 57 Prozent weiblich. Im abgelaufenen Jahr waren 44 Prozent männlich und 56 Prozent weiblich.

Geboren wurden in Wien: Im Jahre 1947: 24.114, 1948: 21.744; 1949: 17.609. Gestorben sind in Wien: Im Jahre 1947: 26.507; 1949: 25.716.

Erfreulicherweise war im Jahre 1949 die tiefste Säuglingssterblichkeitsziffer. Im Jahre 1935 starben auf je 1000 Geborene 53, 1945 waren es 191, 1949 63.

Die Sterblichkeit war gleich wie im Jahre 1948; auf 10.000 Einwohner entfallen etwa 123.

Auf das Gebiet der Staatsbürgerschaft übergehend erklärt der Stadtrat, daß seit dem Jahre 1945 bis Dezember 1949 54.613 Ansuchen positiv erledigt wurden; davon waren 30.043 Staatsbürgerschaftserklärungen und 24.570 Einbürgerungen. Im Jahre 1949 allein wurden 5.865 Ansuchen positiv erledigt, davon 1.395 Staatsbürgerschaftserklärungen und 4.470 Einbürgerungen. Das zeigt, daß die Staatsbürgerschaftserklärungen allmählich abnehmen und fast nur mehr Einbürgerungen durchgeführt werden. Die 54.613 positiv erledigten Ansuchen umfassen 87.300 Personen, sodaß 5 Prozent der Wiener Bevölkerung neue österreichische Staatsbürger sind.

Ein wichtiger Stichtag in der Einbürgerungspraxis war der 27. April 1949. Das Staatsbürgerschaftsgesetz bestimmt, daß für Personen, die nach dem 13. März 1938 nach Österreich gekommen sind, der Aufenthalt erst ab 27. April 1945 angerechnet wird. Da nun die im Gesetz vorgesehenen vier Jahre vergangen sind, ist der Andrang dieser Personen bei der Einbürgerungsbehörde besonders stark gewesen. Während in der Gruppe, die zwischen 4 und 10 Jahren in Österreich sind, bis Ende 1949 691 Einbürgerungen vorgenommen wurden, waren es bis Ende Februar 1950 1089, und 2.311 Ansuchen wurden dem Bundesministerium für Inneres und dem Bundeskanzleramt abgetreten.

Für gewöhnlich werden die Einbürgerungen von Personen, die schon vor dem Jahre 1938 in Österreich oder Wien waren, mit jenen, die erst nach dem 13. März 1938 nach Wien gekommen sind, zusammengeworfen, was ein falsches Bild ergibt. Von letzterer Kategorie wurden 7.644 Einbürgerungsfälle mit 12.500 Personen positiv erledigt.

Heimatrollenauszüge und Staatsbürgerschaftsnachweise wurden im Jahre 1949 102.486, d.h. pro Tag etwa 390, ausgestellt. Seit dem Jahre 1945 sind es insgesamt 476.207.

Die Beschäftigungsgenehmigung für Reichs- und Volksdeutsche sowie für fremdsprachige Ausländer wird gemeinsam mit dem Arbeitsamt erteilt; 21.000 solcher Fälle wurden überprüft.

In Wien sind 8.876 Reichsdeutsche und 41.975 Volksdeutsche aus der Tschechoslowakei, 13.629 Volksdeutsche aus Jugoslawien und 10.614 aus anderen Ländern registriert. Dazu kommen noch 27.036 fremdsprachige Ausländer aus 60 Ländern. Von diesen 102.130 Personen waren etwa 22.180 schon vor dem Jahre 1938 in Wien.

Ende 1948 waren in Wien 120.545 registrierte Nationalsozialisten, Ende Dezember 1949 waren es 122.561, davon 9.616 Belastete.

Im Jahre 1949 fanden 5 große öffentliche Sammlungen statt.

Die Ergebnisse waren:

Rückgang im Vergleich zu 1948:

| | | |
|-----------------------------|--------------|------------|
| Barmherzige Brüder | S 842.233'33 | 30 Prozent |
| Wiener Jugendhilfs- werk | S 722.218'99 | 22 " |
| Tuberkulosenkranken | S 658.956'48 | 21 " |
| Sammlung für Blinde | S 608.349'25 | 4 " |
| Armen Wiens | S 711.603'76 | 2 " |

Durch das Gast- und Schankgewerbegesetz vom 3.3.1948 wurden die Vorschriften der österreichischen Gewerbeordnung auf dem Gebiete des Gast- und Schankgewerbes sowie des Kleinhandels mit gebrannten geistigen Getränken wieder in Kraft gesetzt. Das Gesetz sieht einen Umtausch der Erlaubnisse nach dem Gaststätten-gesetz in Konzessionen nach der Gewerbeordnung vor. Die Umtausch-aktion ist im vollen Umfang angelaufen, dürfte aber noch einige Zeit währen, weil eine große Anzahl von Gewerbeberechtigungen in Betracht kommen und einige Schwierigkeiten der nicht ganz leichten Materie zu überwinden sind. Im Jahre 1949 wurden beim Freien Gewerbe 1.316 neue Gewerbe angemeldet und 985 zurückgelegt, so daß sich ein Plus von 331 ergibt. Beim Gebundenen Gewerbe wurden 7.016 Berechtigungen erteilt und 5.143 zurückgelegt (Plus 1.873). Bei den Konzessionierten Gewerben sind die entsprechenden Zahlen: 1.386 gegen 1.040 (Plus 346).

Wenn 1948 insgesamt 4.363 Gewerbeberechtigungen zusätzlich erteilt wurden und im Jahre 1949 2.550, so ergibt das einen Rückgang von 40 Prozent. Insgesamt wurden von 1945 bis 1949 19.601 Gewerbeberechtigungen erteilt.

Mehr als 90 Prozent der Gewerbebehördenentscheidungen stützen sich auf das Kammergutachten. Es ist daher unverständlich, warum des öfteren der Wiener Magistrat angegriffen wird, daß er zuviel Gewerbeberechtigungen erteilt. Die Polemik verschweigt aber gewissentlich, daß die Kammer selbst mehr als 9/10 der Gewerbeansuchen günstig für den Bewerber erteilt.

Im Voranschlag der Feuerwehr der Stadt Wien sind Ausgaben von 25,292.650 Schilling vorgesehen. Im Jahre 1949 waren es nahezu 24 Millionen Schilling. Der Personalstand der Feuerwehr betrug im Frieden 1.210 Personen, gegenüber 1.305 Ende 1948 und einem jetzigen Personalstand von 1.371. In diesem Zusammenhang muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß Wien nicht mehr aus 21, sondern 26 Bezirken besteht und daher eine Anzahl von Berufsfeuerwehrleuten der Randgemeinden in unserem Personalstand inbegriffen sind. Dazu kommt noch, daß wir eine weitaus größere Werkstätte haben als in früheren Jahren. Die Feuerwehr der Stadt Wien besitzt 174 Fahrzeuge; dieser Stand soll jedoch erhöht werden. Die Neuanschaffung von 14 Spezialfahrzeugen ist im Budget bereits berücksichtigt worden. Großer Wert wird auch auf die Verbesserung der Schlauchlinien gelegt. Die Kriegsschädenbehebung der Feuerwehrzentrale, der Hauptfeuerwachen Mariahilf, Floridsdorf, Margareten und Simmering, wurde im Jahre 1949 beendet. Die Feuerwache Penzing wurde umgebaut und der Steigerturm fertiggestellt. Die Baurate 1949 für den Bau der gänzlich zerstörten Hauptfeuerwache Favoriten betrug 1,5 Millionen Schilling. Für die 2. Baurate ist im Budget ein Betrag von 2 Millionen Schilling vorgesehen.

Die nächste Hauptfeuerwache soll in Ottakring - Hernals in Angriff genommen werden. Für die Vorarbeiten ist ein Betrag von 80.000 Schilling angesetzt. Es bleibt dann nur mehr der Aufbau der Hauptfeuerwache Döbling. Nach deren Fertigstellung können wir sagen, daß der Wiederaufbau bei der Feuerwehr beendet ist und damit der Friedensstand hergestellt sein wird.

Für die Ausrüstung der freiwilligen Feuerwehr in den Randgebieten wurde ein Betrag von 125.000 Schilling vorgesehen.

In den Randgemeinden wurden die freiwilligen Feuerwehren in Mündendorf, Groß-Hofen, Hannersdorf, Mannswörth und Vösendorf in-standgesetzt.

Im Jahre 1949 hatte die Feuerwehr insgesamt 1.241 Ausrückungen. Darunter waren 13 Groß-, 74 Mittel- und 1.059 Kleinbrände. In 95 Fällen handelte es sich um Rauchfangbrände. Alarmfälle wurden zusammen 3.950 gezählt, da die Feuerwehr außer zu Bränden auch noch aus den verschiedensten anderen Gründen ausrücken mußte. Die zwei größten Brände waren die in der Messehalle und am Handelskai. Bei diesen beiden Bränden waren 50 Prozent der gesamten Wiener Feuerwehr eingesetzt. Bei den zwei Erdgasausbrüchen in Zistersdorf wurden je zwölf Feuerwehrlöschgeräte eingesetzt.

Es ist erfreulich festzustellen, daß die Feuerwehr die Schlagkraft der Friedenszeit wieder erreicht hat. Der mutige Einsatz des Feuerwehrpersonals bei Bränden und Unglücksfällen findet bei der Bevölkerung allgemein Anerkennung. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

StR. Afritsch beschäftigt sich dann auch noch mit der Arbeit und den Aufgaben der übrigen ihm unterstehenden Magistratsabteilungen.

Der Referent drückt die Meinung aus, mit diesen Darlegungen bewiesen zu haben, daß trotz der Verringerung der nachkriegswirtschaftlichen Ämter die Allgemeine Verwaltung voll beschäftigt ist. Sie ist stets bemüht, den zehntausenden Wünschen der Bevölkerung gerecht zu werden, wobei sie immer bedacht sein will, im Rahmen des Gesetzes und der Vorschriften menschlich und fortschrittlich zu handeln.

GR. Doppler (WdU) kommt auf einige ihm unsachlich scheinende Einwände bei früheren Debatten zurück. Es betrifft dies Abänderungen des Dienstrechtes. Er erklärt, er hätte nicht verlangt, daß irgendwelche Dinge aus der Vergangenheit eingeführt werden, sondern daß man von diesem unklaren Dienstrecht Abstand nehmen soll. Dem GR. Schwaiger möchte er erwidern, daß sich dieser nicht mit dem Ausbau der WdU befassen möchte. Die WdU hat lediglich eine Säuberung in ihren Reihen vorgenommen. (Große Heiterkeit und Zwischenrufe) Es hat dies mit einer Krise oder einem Zerfall nichts zu tun. Er verweist an diesem Zusammenhang auf das Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Tirol.

GR. Doppler geht dann auf die einzelnen Magistratsabteilungen der Geschäftsgruppe X näher ein. Er wirft der Magistratsabteilung 61, Bevölkerungswesen, vor, daß sie bei der Einbürgerung von alteingesessenen Leuten und Volksdeutschen Schwierigkeiten mache, während sie in früheren Jahren Schiebern und Schleichhändlern ohne weiteres die Staatsbürgerschaft verlieh. Er spricht die Bitte aus, daß man von dieser Intoleranz abgehen möge.

Wie der Redner bei der Besprechung der Magistratsabteilung 62, der auch die Registrierung von Nationalsozialisten obliegt, die Äußerung gebraucht, diese Abteilung habe sich im Registrierungsverfahren als die gehässigste in Österreich erwiesen, wird er zum ersten Mal durch einen Zwischenruf von GR. Marek unterbrochen. Als GR. Doppler in seiner Rede fortfahren will, unterbricht ihn neuerlich GR. Dr. Altmann. GR. Doppler antwortet ihm auf den Zwischenruf, daß es Dr. Altmann 1938 nicht so ergangen sei, wie dem Redner im Jahre 1945. Dr. Altmann habe seine Pension bekommen.

Daraufhin setzt ein Entrüstungsturm bei den anderen Parteien ein. Erregte Zwischenrufe wie: "Nazifrechheiten". "Das lassen wir nicht zu" werden laut. Der Vorsitzende Dr. Ing. Hengl versucht vergeblich die Ruhe wieder herzustellen, doch gehen wiederholte Glockenzeichen in dem allgemeinen Lärm unter.

Von der Seite des Linksblocks ertönen Rufe: "Hinaus mit den Faschisten!" "Wir lassen uns das nicht bieten!" Mehrere Abgeordnete erheben sich von ihren Sitzen, während sich der Redner in dem allgemeinen Lärm vergeblich Gehör zu verschaffen versucht.

Auf die von allen Seiten kommenden Zwischenrufe ruft GR. Doppler: Gehen sie zum Staatsanwalt und bringen sie dort ihre Verleumdungen vor!

Darauf verstärkt sich der Aufruhr im Saal. GR. Dr. Matejka ruft: Sagen sie was sie ihm (Dr. Altmann) zugedacht hätten, darauf kommt es an! GR. Frieda Nödl: "Sie sollen hier nicht sprechen!" GR. Dr. Altmann: "Untragbar als Beamter, aber leider noch tragbar als Gemeinderat!"

Das GR. Doppler noch immer weiter zuspochen versucht, drängen zuerst nur einige, dann immer mehr Gemeinderäte zu den Bänken des WdU. In dem allgemeinen Lärm sind nicht alle der vielen erregten Rufe verständlich. Abgeordnete des Linksblocks und der SPÖ rufen im Chor: (Nicht weiter sprechen, nicht weiter sprechen!" GR. Doppler: "Ich habe mir die Demokratie anders vorgestellt!" Erneute Zwischenrufe: "Hinaus!" GR. Doppler: "Sie werden mich aus Wien nicht wegbringen; ich habe vielleicht mehr Recht als manche andere von ihnen hier zu sprechen!" GR. Marek: "Seht Euch diese Gesichter an, seht diesen Gestaposadisten!"

Nun drängen alle Abgeordneten, an der Spitze GR. Koci zu den Bänken ^{des WdU} und umringen den Redner. Es enspinnt sich eine wütende Debatte. Daraufhin unterbricht der Vorsitzende die Sitzung um 16.15 Uhr. Der Lärm dauert jedoch weiter an. Mehrere Gemeinderäte versuchen vergeblich die heftig Debattierenden zu beruhigen. Dr. Soswinski ruft GR. Doppler zu, er möge auf das Wort verzichten. Auf Vorwürfe wegen der Konzentrationslager in der Nazizeit ruft GR. Doppler: "Das KZ verurteile ich genau so wie sie, ich verurteile jede Gewaltmaßnahme!"

Nun gelingt es endlich einigen Gemeinderäten die Ruhe wieder herzustellen, worauf der Vorsitzende um 16.20 Uhr die Sitzung wieder eröffnet und GR. Dr. Altmann das Wort erteilt. Als GR. Doppler dagegen protestiert, teilt ihm der Vorsitzende mit, daß er ihm wiederholt zur Sache gerufen habe. Er habe ihm jedoch das Wort entzogen, weil wegen seiner Äußerungen eine ruhige Fortführung der Sitzung unmöglich wurde.

Nun spricht GR. Dr. Altmann (Linksblock). Er betonte, daß er nach diesem Zwischenfall wieder zu den sachlichen Dingen der Verwaltungsgruppe X zurückkehren wolle. An sich kommt dieses Hauptstück jedes Jahr bei der Budgetdebatte zu kurz, weil es sich hier größtenteils nicht um Dinge handelt, die sich im Budgetposten, also in Geld, ausdrücken lassen.

Wenn auch er sich nur wenigen Dingen dieser Geschäftsgruppe zuwende; so soll dies keineswegs heißen, daß die andern Abteilungen geringere Bedeutung haben und schon gar nicht, daß die Arbeit der ausgezeichneten Beamten auf diesem Gebiet unterschätzt wird.

GR.Dr.Altmann kam dann auf die Feuerwehr der Stadt Wien zu sprechen. Er kritisierte die schlechte Bezahlung der Feuerwehrleute und demonstrierte dies an zwei Beispielen.

Weiter hebt er Einzelfragen der Feuerwehr hervor, so die Nichtbezahlung von Überstunden, die Verpflichtung der Offiziere, in ihrer sogenannten dienstfreien Zeit Kommissionen gegen ein Monatspauschale von 12 Überstunden beiwohnen zu müssen, die zu geringen Ausgaben für die Uniformierung und verlangt, daß den vielen Worten des Dankes nun endlich auch einmal die Taten folgen müßten. Auf dem Gebiete der Feuerwehr zu sparen, bedeute auch eine unmittelbare Gefährdung der Bevölkerung.

Er kommt sodann auf die Frage der Bezirksverwaltungen zu sprechen. Der bereits vorliegende Gesetzentwurf, betreffend die Neubildung von Bezirksvertretungen, entspreche nicht dem Verlangen nach wirklicher Demokratisierung der Bezirksverwaltungen. Über den Entwurf könne man schreiben: Das Theater einer Wahl soll über den Mangel einer wirklichen Demokratisierung der Bezirksverwaltung hinwegtäuschen. (Vizebürgermeister Weinberger: Die Wahlen haben Sie verhindert!) Wir wollten ja Wahlen in die Bezirksvertretungen. Jetzt soll das als Wahltheater durchgeführt werden, was damals bei den Nationalratswahlen ohne weiteres hätte durchgeführt werden und zu gewählten Bezirksvertretungen hätte führen können.

Dieser Gesetzentwurf könne auch noch die Überschrift tragen: Wie mache ich es möglich, daß ich die Vertreter des VdU, WdU oder KdU, das heißt, der Faschisten in diesem Hause..... (GR.Josef Doppler: Ich protestiere gegen diesen Ausdruck!) auch noch in die Bezirksvertretungen hineinwähle? Das soll dieser Gesetzentwurf ermöglichen. Auf erneute erregte Zwischenrufe des GR.Josef Doppler fährt der Redner fort: Herr Doppler, Sie sehen Ihre Aufgabe darin, alles, was im Jahre 1938 und in den folgenden Jahren von der nationalsozialistischen Gemeindeverwaltung gemacht wurde, als Vorbild für uns jetzt hinzustellen, und Sie

haben uns am Anfang Ihrer vom Gemeinderat früher so roh unterbrochenen Rede die Behandlung der Gemeindebediensteten durch die nationalsozialistische Gemeindeverwaltung als Vorbild hingestellt. (GR. Josef Doppler: Das gilt heute noch! - Stürmische Zwischenrufe. - GR. Marek: Er bedauert es, daß sie nicht alle umgebracht haben!) Wer das tut, der ist ein Faschist und bleibt einer. (GR. Josef Doppler: Das beweisen Sie, sonst sind Sie ein Lügner, und ich gehe zum Staatsanwalt!)

Die Tatsachen beweisen, daß die viel getäuschte Bevölkerung, die geglaubt hat, es mit einer ernst gemeinten Oppositionsgruppe gegen die Regierungskoalition zu tun zu haben, und die nicht erkannt hat, daß es sich um nichts anderes handelt, als um Neofaschisten, die Augen aufgegangen sind und sich wohl überlegen wird, noch einmal für den VdU, WdU oder KdU zu stimmen. (GR. Wicha (WdU): Oder für den Linksblock! - GR. Josef Doppler: Sie wären froh, wenn Sie die Stimmen bekommen hätten!)

Der Gesetzentwurf will, daß diese Faschisten in die Bezirksvertretungen hineinkommen. Das ist kein Schritt zur Demokratisierung sondern das gerade Gegenteil, das ist ein Verrat an dem Gedanken der Demokratisierung der Bezirksverwaltung. Der Redner stellt die Forderung nach einer Demokratisierung der Bezirksverwaltung und Erweiterung der Rechte der Bezirksvertretungen. Von einer Modernisierung auf diesem Gebiete und einer Demokratisierung der Bezirksverwaltung ist in diesem Budgetkapitel nichts oder fast nichts vorhanden, daher sehen wir vom Linksblock uns außerstande, dieser Gruppe unsere Zustimmung zu geben.

Vorsitzender GR. Dr. Ing. Hengl gibt dem Gemeinderat vor der nächsten Worterteilung folgende Erklärung ab: Ich habe dem Gemeinderat Josef Doppler wiederholt den Ruf zur Sache erteilt, da seine Ausführungen schon am Beginn der Rede nicht zur Sache gehört haben. Durch sein weiteres unsachliches Verhalten wurde die Ruhe derart gestört, daß trotz Unterbrechung der Sitzung eine Fortführung der Sitzung unmöglich geworden ist. Daher habe ich dem Herrn GR. Doppler nicht weiter das Wort belassen können. (GR. Marek: Des Teufels Bürokrat!)

Der Vorsitzende erteilt nunmehr das Wort dem GR. Franz Doppler (ÖVP). Dieser regt an, bei goldenen und diamantenen Hochzeiten außer den Ehrengaben darüber hinausgehende Zuwendungen im Falle der Bedürftigkeit zu gewähren. Das Amtsblatt hat eine wohlthuende Ausgestaltung und Verbesserung erfahren, wir freuen uns darüber und bitten nur, daß man in das Amtsblatt auch laufend Sitzungsberichte über die Gemeinderatssitzungen aufnimmt, etwa in Form eines kurzen Auszuges aus der "Rathaus-Korrespondenz". Ein langgehegter Wunsch unserer Fraktion ist es, daß allen Gemeinderäten die "Rathaus-Korrespondenz" laufend übermittelt werde. Es wäre für die Gemeinderäte eine gute Unterlage, wenn sie diese Korrespondenz ständig in Händen hätten.

Redner ersucht, die sogenannten § 5-Fälle der Staatsbürgerschaften einer Erledigung zuzuführen und spricht sich schließlich für die fakultative kirchliche Trauung aus.

Der Redner stellt mit Bedauern fest, daß die Post: Ehrengaben an Hausgehilfen mit langjähriger Dienstzeit gegenüber dem Jahre 1949 um 14.000 Schilling gekürzt wurde; an diesen Leuten sollte nicht gespart werden, umso mehr, als sich das beim Gesamtbudget nicht auswirkt.

Er richtet an den Stadtrat die Bitte, dafür zu sorgen, daß Strafverfügungen und Strafbemessungen nur von Fach- oder rechtskundigen Beamten vorgenommen werden, und ferner, einem von der Zentralberatungsstelle der Volksdeutschen vorgelegten Plan, wenn möglich die notwendige Unterstützung zu gewähren. Eine weitere Bitte bezieht sich auf die eheste Einberufung der Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteher-Stellvertreter entsprechend dem Wahlergebnis vom 9. Oktober 1949.

Dem Optimismus, daß die Rückführung der Kriegsgefangenen mit 30. Juni dieses Jahres beendet sein werde, wolle er sich freudig anschließen. Trotzdem richte er an die Mächte, die noch immer österreichische und Wiener Kriegsgefangene zu Unrecht zurückhalten, den dringenden Appell: Gebt endlich unsere Väter, Gatten und Brüder zurück! (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

GR. Bock (SPÖ) wendet sich gegen die Ausführungen des GR. Doppler (WdU) und erklärt, daß von dieser Seite, besonders dann, wenn es gilt, über das vergangene Regime zu sprechen, eine besondere Lautstärke zu bemerken ist. Gegenüber dessen Behauptung,

er habe im Jahre 1945 mehr zu leiden gehabt, verwies er auf eine Reihe von Gemeinderäten und Gemeinderätinnen sowie auf dem Bürgermeister, die selbst im KZ waren und erklärte: Fragen sie diese Menschen, was es bedeutet hat, im KZ zu sein, dann werden Sie verstehen, daß man Ihre Provokationen hier ganz einfach nicht duldet! (Zustimmung bei der SPÖ.) Er zitiert weiter Auszüge aus einer WdU-Versammlung, in der unter anderem GR. Wicha gesprochen hat und sagt: Der Herr GR. Wicha, der hier nicht weiß, was er zu sprechen hat, hat den Mut, in der Öffentlichkeit den Bürgermeister zu verspotten und ihm vorzuwerfen, daß er nicht demokratisch sei. Mögen Sie wissen, Herr GR. Wicha, wir sind nicht von jener Sorte, die etwa sagt: Unser geliebter Führer, oder sonst Personenkult treibt, aber wenn Sie die Person des Bürgermeisters von Wien angreifen, dann nehmen Sie zur Kenntnis, daß Sie die Ehre der gesamten Wiener Bevölkerung herabsetzen, und das werden wir in Zukunft zu verhindern wissen! (Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.)

Der Redner bespricht sodann verschiedene Agenden dieser Geschäftsgruppe und begrüßt vor allem, daß die Feuerwehr heute fast wieder einen friedensmäßigen Stand erreicht hat, was zu den stolzesten Leistungen dieser Gemeindeverwaltung gehört. Darüber hinaus ist es noch gelungen, Verbesserungen beim Material und Fuhrpark durchzusetzen.

Die Einbürgerungen wurden außerordentlich gewissenhaft durchgeführt, so daß bis jetzt kein einziger Fall seitens eines Ministeriums beanstandet wurde. Er wendet sich gegen eine en bloc-Einbürgerung, da man sich jeden Einzelnen genau ansehen müsse, bittet aber, die Einbürgerung der Volksdeutschen, die seit dem Jahre 1945 oder 1946 am Wiederaufbau Österreichs wirklich tatkräftig mitgeholfen haben, schneller durchzuführen.

Aus dem Bericht über den Bevölkerungsstand gehe nicht hervor, inwieweit auch die Landflucht mit hineinspielt. Die Frage des Zuzuges nach Wien sollte einer Überprüfung unterzogen werden, da sich diese Zuzüge nicht nur auf den Arbeitsmarkt auswirken, sondern auch den Wohnungsmarkt belasten.

Für die Sozialisten war die Frage der Bezirksvertretungen immer eine ernste Angelegenheit. Er freue sich, daß die ÖVP für die Bezirksvertretungen außerordentliches Interesse zeige, würde aber nur wünschen, daß sie auch draußen in den Ländern ein gleiches Interesse für die Schaffung der Bezirksvertretungen zeige.

Trotz Versprechungen befinden sich noch viele Österreicher in russischer Kriegsgefangenschaft. Viele von ihnen kamen auf Grund eines Flugzettels in Gefangenschaft, der ihnen versprach, sofort nach Kriegsende in die Heimat zurückzukommen, wenn sie mit diesem Zettel übergehen. Viele von diesen warten heute noch auf ihre Rückkehr. Es ist tief zu bedauern, daß seitens des Linksblocks über diese Frage nichts gesprochen wird. In der "Volksstimme" ist von der Einberufung eines Friedenskongresses zu lesen, sie enthält aber keine Forderung auf Heimkehr der letzten Kriegsgefangenen. Man möge nicht sagen, es handle sich nur um ein paar. Es ist anzunehmen, daß die genannte Zahl von 949 noch wesentlich größer ist, da bei jedem Transport ungefähr 20 Prozent sind, von deren Existenz man bisher überhaupt nichts wußte. Die Sozialisten werden so lange ihre Stimme erheben, bis der letzte Kriegsgefangene heimgekehrt ist. (Beifall bei der SPÖ.) Bund, Gemeinde und Kriegsgefangenenkommission haben sich unter Ausschaltung politischer Momente mit der Fürsorge der Heimkehrer beschäftigt; die Aktion gehört zu den Ruhmestagen dieser Stadt.

Die Sozialistische Partei wird den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe zustimmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

(Während dieser Ausführungen hat GR. Marek den Vorsitz übernommen.)

StR. Afritsch teilt in seinem Schlußwort mit, daß das Thema der Bezirksvertretungen in nächster Zeit im Landtag behandelt werden wird. Sie würden heute schon demokratisch zusammengesetzt sein, wenn das Gesetz vom Juni des Vorjahres die Zustimmung der Alliierten gefunden hätte.

Bezüglich der Feuerwehr könne man einen Fortschritt auch auf dem Gebiete der Entlohnung feststellen. Einer ganzen Reihe von Feuerwehrleuten konnte eine Personalzulage gewährt werden. Auch auf dem Gebiete der Bekleidung und der Ausrüstung der Feuerwehrleute ist viel geschehen. Selbstverständlich braucht der Aufbau eine gewisse Zeit. Wenn wir an die Zeit von 1945 denken und wie armselig wir damals waren, muß gesagt werden, daß es vorwärts und aufwärts gegangen ist. Es wird auch in diesem und in den kommenden Jahren weiter vorwärts gehen, genau wie bei allen Geschäftsgruppen.

Der Redner erklärt, mit den Ausführungen des GR. Bock übereinzustimmen. Nur bei der Einbürgerung von Personen, die schon länger in Wien sind, müsse man etwas toleranter vorgehen. Jeder Staatsbürgerschaftsfall muß individuell überprüft werden. Diese Einzubürgernden müssen die Gewähr geben, daß sie wirkliche Demokraten sind. (Beifall bei der SPÖ.) Wenn wir der Auffassung sind, daß gewisse Leute diese Gewähr für demokratisches Handeln nicht geben, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als hart zu sein.

Bezüglich des Vorwurfs, daß bei der Registrierung der Nationalsozialisten nicht tolerant vorgegangen wurde, erwiderte Stadtrat Afritsch, daß auf diesem Gebiet streng nach dem Gesetz gehandelt wurde. Es wurden 122.000 Nationalsozialisten registriert. Es ist kein Fall bekannt geworden, nachdem jemand widerrechtlich in die Registrierliste aufgenommen wurde. Der Redner erklärt, soweit er die Praxis der Registrier-Kommissionen kenne, könne er sagen, daß sie nicht rigoros sondern sehr tolerant waren. Es sind viele tausende Menschen, die mit dieser Arbeit beschäftigt waren und sie haben viel Verzeihen an den Tag gelegt. Auch bei der Einbürgerung der Personen, die schon vor 1938 in Wien waren, war sie nicht rigoros. Es wurde, wenn menschliche Gründe vorlagen, - ohne gefragt zu haben, wie das in den Bundesländern praktiziert werde, - einigen hunderten, ja vielleicht sogar einigen tausenden Menschen geholfen. Wir waren der Ansicht, daß es härtere Strafe ist, abgeschoben zu werden, als vielleicht einige Zeit im Kerker zu sitzen. Der Redner vertrat die Auffassung, daß aber doch ein gewisser Unterschied gemacht werden müsse zwischen den Menschen, die für die Freiheit, für das Recht und für die Demokratie gekämpft haben, und jenen, die Freiheit, Recht und Demokratie bekämpft haben. (Starker Beifall bei der SPÖ und Linksblock.) Es wurde in der Praxis der letzten Jahre oft hundert-, ja tausendmal menschlich gehandelt, aber dieses menschliche Handeln soll doch nicht immer und immer provoziert werden, provoziert in einem Saal, wo viele Angehörige der drei Parteien in den KZ und oft schon zum Tode verurteilt waren. Es soll nicht verlangt werden, daß man nun die einen genau so sehen soll wie die anderen. Es wurde oftmals verziehen und es wird weiter menschlich gehandelt werden, Provokationen können aber nicht hingenommen werden. (Anhaltender Beifall bei SPÖ und

23. März 1950

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 608

Linksblock.) Der Redner sagt, er habe heute in diesem Saal nur einige Minuten das "nationalsozialistische Klima" gespürt und schon seien in ihm grauenhafte Erinnerungen lebendig geworden. Stadtrat Afritsch schloß zu der Bank der WdU gewandt, mit den betonten Worten: "Trotzdem haben wir seit dem Jahre 1945 ununterbrochen verziehen und deshalb möchte ich Ihaen zurufen 'Provozieren Sie nicht'!" (Minutenlang anhaltender Beifall der SPÖ, ÖVP und KPÖ.)

Die Ansätze des Voranschlages der Geschäftsgruppe X wurden angenommen.

Über Bilanz und Bedeckung referierte Stadtrat Resch.

Er sprach zunächst allen Mitgliedern des Gemeinderates nochmals den Dank für die überaus sachliche Behandlung des Budgets aus. Er richtete an den Bürgermeister die Bitte, im Namen des Wiener Gemeinderates allen Funktionären und Beamten des Magistrates, die an der Erstellung des Budgets mitgearbeitet haben, den Dank des Gemeinderates und des Bürgermeisters zum Ausdruck zu bringen. (Lebhafter Beifall.)

Stadtrat Resch gab dann seiner Überzeugung Ausdruck, daß sämtliche Ausgaben des Budgets und sämtliche Investitionen tatsächlich geleistet werden können. Der Referent stellte folgenden Antrag:

- 1.) Der Entwurf des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1950 wird in seinem ordentlichen Teil mit Einnahmen von 1.578,481.220 S und Ausgaben von 1.597,962.740 S und in seinem außerordentlichen Teil mit Einnahmen von 54,996.000 S und Ausgaben von 121,819.000 S genehmigt.
- 2.) Der Gebarungsabgang ist durch Einsparungen und Einnahmeerhöhungen zu decken.
- 3.) Die Ansätze der Posten 10, Hauptbezüge, 11, Nebenbezüge, 14, Ruhe- und Versorgungsgenüsse, 15, Sozialversicherungsbeiträge, und 19, Sonstige Personalausgaben, sind, jede Post für sich, durch sämtliche Rubriken des Voranschlages gegenseitig deckungsfähig.
- 4.) Virements zwischen den Personalrubriken sowie Virements und Widmungsänderungen hinsichtlich der im Ausweis über die Investitionen und sonstigen einmaligen Ausgaben verzeichneten Teilbeträge ein und derselben Post sind an die Zustimmung des Amtsführenden Stadtrates für Finanzwesen gebunden.
- 5.) Der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen wird ermächtigt, Ausgabeansätze so weit zu sperren, als die Kassenlage es erfordert.

Zu dem letzten Punkt gab Stadtrat Resch die gleiche Zusage wie im Vorjahr, daß er von dieser Sperre nur dann Gebrauch machen werde, wenn es die Kassenlage unbedingt erfordert.

Zu Wort war niemand mehr gemeldet. Bei der Abstimmung wurde der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1950 ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen.

Norwegischer Besuch in den Wärmestuben
=====

23. März (Rath.Korr.) Zum Abschluß der Wärmestubenaktion der Gemeinde Wien haben Delegierte der Norwegischen Europahilfe, Fräulein Laila Aavatsmark, Frau Berit Duesberg und Herr Ingolf Cloetta, einige Wärmestuben besucht. Die bekannte norwegische Klaviervirtuosin Laila Aavatsmark, die derzeit auf einer Konzertreise in Österreich ist, hat in liebenswürdiger Weise Klavier-vorträge norwegischer Volksmusik zum besten gegeben, die begeistert aufgenommen wurden. Die Norwegische Europahilfe hat durch ständige Lebensmittelspenden die Wärmestubenaktion der Gemeinde Wien tatkräftigst unterstützt und somit unsern Alten bestens geholfen. Der Vertreter der Magistratsabteilung 12, Amtsrat Slosak, und die Leiter der Wärmestuben dankten in bewegten Worten/ der Delegation und dem norwegischen Volk für ihre Hilfe.

Ferkelmarkt vom 22. März
=====

23. März (Rath.Korr.) Aufgebracht wurden 195 Ferkel, von denen 120 verkauft wurden. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 6 Wochen 185 S, 7 Wochen 241 S, 8 Wochen 281 S, 12 Wochen 500 S. Die Nachfrage konnte als gut bezeichnet werden.

Sonntagsfeier der Ethischen Gemeinde
=====

23. März (Rath.Korr.) Die nächste der von der Ethischen Gemeinde regelmäßig veranstalteten Sonntagsfeiern findet am 26. März, um 10 Uhr vormittag, im Schubertsäle des Konzerthauses statt.

Die Rede hält Wilhelm Börner. Vor der Rede Kammermusik, ausgeführt von Walfriede Strobl-Adler (Klavier), Friedrich Wührer jun. (Violine), Werner Adler (Cello).

Die Feier ist allgemein frei zugänglich.

Wien hat eine moderne Blindendruckerei
 =====

23. März (Rath.Korr.) Heute mittag wurde in Anwesenheit des Präsidenten des Nationalrates Kunschak, den Vertretern des Bundesministeriums für Unterricht und des Wiener Stadtschulrates eine im Blindenerziehungsinstitut, 2., Wittelsbachstraße, neu eingerichtete Blindendruckerei ihrer Bestimmung übergeben.

Die Maschinen dieser Druckerei wurden vom Leiter des amerikanischen Unterrichtsamtes in Wien (Education Division) Mr. Howland, als Geschenk der American Foundation for Overseas Blind dem Institut übergeben. Die Blindendruckerei verfügt nun über eine komplette Einrichtung mit elektrischem Antrieb, die die Arbeit des Druckers ganz wesentlich erleichtert. Die Bedienung der Punzmaschine und der Braille-Prese erfordert keinerlei körperliche Anstrengungen und bietet den Vorteil einer größeren Arbeitsleistung. Während mit der alten Handpresse in einer Stunde ungefähr 150 Platten abgedruckt worden sind, erreicht die neue Maschine eine durchschnittliche Leistung von 900 Platten. Die amerikanischen Spender stellten außerdem dem Institut noch 36 Ballen Druckpapier, Handschriftbücher und Zinkplatten zur Verfügung.

Es ist nicht zum erstenmal, daß amerikanische Freunde Österreichs auch unseren Blinden ihre Unterstützung zukommen ließen. In den vergangenen Jahren erhielten die österreichischen Blindenanstalten aus den Vereinigten Staaten große Mengen Kleider und Lehrmittel. Das Institut in der Wittelsbachstraße verdankt einen Großteil dieser Spenden dem Einfluß der Gattin des Generals Geoffrey Keyes. Diese großzügige Hilfeleistungen wurden in einer Ansprache vom Sektionschef Vogelsang in Vertretung des Bundesministers für Unterricht sowie auch von Hofrat Dr. Krassnig, vom Wiener Stadtschulrat gebührend hervorgehoben.

Nationalratspräsident Kunschak unterstrich in seiner Ansprache die kulturelle Bedeutung dieser einzigartigen Druckerei "Bücher sind die Lichter der Blinden" sagte er, "Unsere blinden Mitbürger werden jetzt mehr lesen können und damit geben wir ihnen auch bessere Bildungsmöglichkeiten. Diese Bücher werden uns helfen, Blinde sehend machen".

Im Anschluß an die feierliche Übergabe erfolgte eine Besichtigung der Blindendruckerei. Die blinden Buchdrucker verblüfften die zahlreich erschienenen Ehrengäste durch ihre geschickte Bedienung der neuen amerikanischen Maschinen.

Rindermarkt vom 23. März (Nachmarkt)
=====

23. März (Rath.Korr.) Ochsen, Stiere, Kühe, Summe: Inland, 25 Ochsen, 8 Stiere, 21 Kühe, Summe: 54. Ausland (Ungarn): 8 Stiere, 65 Kühe, Summe: 73. Gesamtauftrieb: 25 Ochsen, 16 Stiere, 86 Kühe, Summe: 127. Unverkauft blieben 1 Ochs, 2 Stiere.

Bei lebhaftem Marktverkehr wurden alle Qualitäten zu festen Hauptmarktpreisen gehandelt. Die Nachfrage nach mageren Kühen war am lebhaftesten. Schwere Stiere wurden etwas vernachlässigt.

Schweinemarkt (Nachmarkt)
=====

23. März (Rath.Korr.) Neu zugeführt wurden 260 inländische Fleischschweine, 142 ungarische Fettschweine, Summe: 402 Stück. Preise je Kilogramm Lebendgewicht: Prima und mittlere Ware 11.- bis 11.80 S (12.10), mindere Ware und Zuchten 10.20 bis 10.80 S.

Bei lebhaftem Marktverkehr wurden Schweine aller Qualitäten zu festen Hauptmarktpreisen gehandelt.